

Lutz Neuber

Die Bewegung der Magdeburger „Jungen“ (1888-91)

*Zur Geschichte der antiautoritären Arbeiterbewegung in Magdeburg (Teil 2, Kurzfassung)*¹

Einleitung: Die Opposition der „Jungen“ in der Sozialdemokratie

In den letzten Jahren der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes² ließ sich der Aufschwung der Arbeiterbewegung nicht mehr aufhalten. Nach den Jahren der Repression war eine gestiegene Konfliktbereitschaft zu beobachten. Schon 1889 setzte eine Streikwelle ein, die im Ausstand von fast 100.000 Ruhrbergarbeitern – dem größten Streik des 19. Jahrhunderts in Deutschland – kulminierte. Im Januar 1890 wurde das Gesetz vom Reichstag nicht mehr verlängert und im September desselben Jahres lief es formal aus. Die sozialdemokratische Partei konnte im Februar 1890 bei den Reichstagswahlen erhebliche Stimmenzuwächse erzielen und wurde mit ca. 1,4 Mio. Stimmen stärkste Partei.

Nach den Wahlerfolgen befand sich die Stimmung in der Arbeiterklasse auf einem Höhepunkt. Nun war der Machtzuwachs der Arbeiterorganisationen deutlich geworden. Dessen ungeachtet kam es jedoch zu einer erneuten Verschärfung der Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs der Partei. Zum Auslöser der Kontroverse geriet das Verhalten der Parteileitung im Zusammenhang mit der Maifeier. Ein Jahr zuvor war von einem internationalen Arbeiterkongress in Paris beschlossen worden, am 1. Mai 1890 „eine große internationale Manifestation zu organisieren“, um ihrer Forderung, „den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen“, Ausdruck zu verleihen.³ In zahlreichen Volksversammlungen wurde diskutiert, wie dieser Beschluss umgesetzt werden soll – die überwiegende Mehrzahl entschied sich für eine „allgemeine Arbeitsruhe“, d. h. einen (General-)Streik. Die Parteileitung hingegen warnte – allerdings erst nach einer Tagung der Fraktion am 13. April 1890 in Halle – vor einer allgemeinen Arbeitsniederlegung. Sie wollte um jeden Preis vermeiden, dass es zu Zusammenstößen käme, die der Regierung den Vorwand für eine erneute Verlängerung des Sozialistengesetzes liefern könnten. Sie stiftete damit einige Verwirrung in den Reihen der Parteibasis, so dass schließlich der erste Maifeiertag in Deutschland weder den Kongressbeschlüssen, noch den Erwartungen in der Arbeiterschaft gerecht werden konnte.

In der Partei wurde dadurch eine Protestwelle losgetreten. Der autoritäre Führungsstil der Fraktion rückte zunehmend in den Mittelpunkt der Kritik. Die Fraktion reagierte zunächst mit einer Diffamierungskampagne. Den oppositionellen sogenannten „Jungen“ – deren Vertreter zumeist schon lange dem Jugendalter entwachsen waren – wurde vorgeworfen, während der Jahre des Sozialistengesetzes nicht präsent gewesen zu sein, wohingegen die „Alten“ seit Jahren an vorderster Front für die Ziele der Sozialdemokratie gekämpft hätten.⁴ Im Sommer 1890 zeigte sich die Opposition erstmals in der Öffentlichkeit. Bruno WILLE, ein der Sozialdemokratie nahestehender Schriftsteller, gab dazu den Anstoß. Er veröffentlichte am 23. Juli 1890 in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* einen Artikel⁵, in dem er sich dagegen wandte, die in der Partei bestehenden Differenzen unter den Tisch zu kehren, nur um den in der bürgerlichen Presse herumgeisternden Gerüchten von einer bevorstehenden Parteispaltung keinen Vorschub zu leisten. Er hielt dagegen, dass der Partei „im Gegenteil Öffentlichkeit (...) nützen“ werde, „indem sie nämlich die Klärung der Köpfe“ beschleunigen und das beginnenden Erwachen der Arbeiterklasse befördern werde. Anschließend wies er auf die für die Arbeiterpartei negativen Folgen des Sozialistengesetzes hin, wodurch „in den Händen einzelner Personen (...) gewisse Machtbefugnisse“ konzentriert worden seien und dadurch „hie und da Autoritäten entstanden bloß auf Grund tüchti-

¹ Der vorliegende Artikel ist eine Kurzfassung. Eine ausführlichere Version mit Literaturverzeichnis, eine Chronik der Ereignisse, Kurzbiografien finden sich im Internet unter www.geschichtevonunten.de.

² Zum Sozialistengesetz siehe den ersten Teil der vorliegenden Artikelserie in: Parthenopolis 1, 2007/2008, S. 127ff.

³ Osterroth / Schuster 1975/2001 (Zugriff am 12.02.2009)

⁴ Die Bezeichnung der Opposition als „Literaten- und Studentenrevolte“ geht auf ein Verdikt ENGELS' zurück, der, weil diese sich in ihrer Argumentation vielfach auf seine Schriften bezogen hatte, sich mit diesem Urteil deutlich von ihr distanzierte. Vgl.: Friedrich Engels: Antwort an die Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, in: „Der Sozialdemokrat“ Nr. 37 vom 13. September 1890.

⁵ „Der 1. Oktober“, in: Sächsische Arbeiterzeitung Nr. 88 vom 23. Juli 1890

ger Gesinnung und Zuverlässigkeit oder eines Martyriums, nicht aber auf Grund bewährter Geisteskraft“. Dieser Umstand und das weit verbreitete Misstrauen aufgrund des unter dem Sozialistengesetz grassierenden „Spitzeltums“, habe schließlich zur „Korruption“ innerhalb der Partei geführt. Dieser Tendenz, der unter dem Repressionsgesetz kaum wirkungsvoll zu begegnen war, sollte nun ein Ende bereitet werden, da „die deutsche Sozialdemokratie (...) nicht bloß an Masse, sondern auch an Selbständigkeit und geistiger Reife derart zugenommen (hat), dass sie von denjenigen Leuten, welche Einfluss darauf ausüben möchten, anders behandelt werden muss, als dies noch vor fünf Jahren geschehen konnte.“ Jedoch habe die Parteileitung dem nicht Rechnung getragen und die hoffnungsvolle Maibewegung, die „beginnenden Selbständigkeit“ der Arbeitermassen mit ihrem Veto gegen den allgemeinen Streik am ersten Mai ausgebremsst.

Die Opposition konnte an einen verbreiteten Unmut gegenüber dem zögerlichen Vorgehen der Parteiführung an der Parteibasis anknüpfen. In Berlin wurden einige Versammlungen abgehalten, in denen die Parteileitung und Fraktion zum Teil sehr heftig kritisiert wurden. Verstärkt wurde die Empörung gerade unter den Genossen, die während des Sozialistengesetzes an vorderster Front gekämpft hatten, durch die Antwort BEBELS auf WILLES Artikel. Er bezichtigte die Opposition einer „bubenhafte Kampfweise“⁶, verwahrte sich gegen die Anschuldigungen und kündigte eine Abrechnung auf dem Parteitag in Halle an.⁷

Daraufhin folgte ein – zunächst größtenteils über die Presse ausgetragener – längerer Disput zwischen Opposition und Fraktion. Vor allem in der *Berliner Volks-Tribüne*, der *Sächsischen Arbeiterzeitung* und der Magdeburger *Volksstimme* kamen die führenden Vertreter der Opposition zu Wort, die sich vor allem mit der Reaktion BEBELS und der Parteipresse auseinandersetzten. Als erstes solidarisierte sich die *Volksstimme* mit WILLE und der *Sächsischen Arbeiterzeitung*. Sie verwahrte sich gegen die in einem „befehlshaberischen Ton gehaltene Erklärung“, was im krassen Widerspruch zu den Prinzipien einer demokratischen Partei stehe. Letztlich sei das auch Ausdruck der Tatsache, dass „vielfach in unseren Reihen ein Autoritätsglauben großgezogen worden“ sei und die „Disziplin um der Disziplin willen“ hochgehalten werde. Der Autor, vermutlich Hans MÜLLER, hielt dem die eigentlichen Ziele der Sozialdemokratie – bzw. die der Opposition – entgegen: „Wir wollen die Arbeiter nicht zu willenlosen Bewunderern und zu unermüdlichen Bravoklatschern unserer Redner erziehen, sondern zu Männern, die sich über alle ihre Schritte selbst klar sind, sich und andere unumwunden zu kritisieren.“ Schließlich sei das, was die Sozialdemokratie „zu einer so gewaltigen Kulturbewegung macht, (...) die selbstdenkenden, selbsttätigen Massen.“⁸ Letztlich laufe die ganze Taktik des Vorstandes darauf hinaus, für die Parteipresse „eine Art Ausnahmegesetz zu erlassen.“⁹

Nachdem BEBEL – angesichts des Massenstreiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet – auf einer Versammlung in Berlin den Arbeitern vorgeworfen hatte, ihnen sei „der Kamm geschwollen“, sie würden mit „frivolen Streiks“ die Erfolge der Sozialdemokratie gefährden, wurde die Stimmung vor allem unter den aktiven Genossen noch zusätzlich angeheizt. Die *Berliner Volks-Tribüne* zeigte sich verwundert, dass viele führende Vertreter der Sozialdemokratie die Bedeutung der Gewerkschaften unterschätzten, wo diese doch eine so bedeutende Rolle bei der Überwindung des Sozialistengesetzes gespielt haben. Sie sah in den von den Gewerkschaften geführten Lohnkämpfen ein viel wirksameres Mittel zu Erziehung der Massen, „als es alle auf rein politischer Grundlage sich bewegende Agitation vermag“.¹⁰

Inhaltlich entzündete sich die Diskussion auch am Entwurf der Parteileitung für ein neues Organisationsstatut, welcher Anfang August 1890 in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht worden war. Mit diesem Entwurf versuche die Fraktion – so ihre Kritiker –, ihre ohnehin schon großen Kontrollbefugnisse noch zu erweitern bzw. die unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes aufgrund der widrigen Umstände zwangsläufig ausgeübte Leitungsfunktion festzuschreiben. Die Vertreter der „Jungen“ plädierten dagegen für eine möglichst weitgehende Dezentralisierung der Parteistrukturen, stattdessen müssten die „Volksversammlungen, in denen die proletarischen Forderungen am unmittelbarsten zum Vorschein kommen, (...) die eigentliche Basis der sozialdemokratischen Organisation

⁶ Berliner Volksblatt Nr. 173 vom 30. Juli 1890

⁷ Berliner Volksblatt Nr. 181 vom 7. August 1890: „Die ‚Sächsische Arbeiterzeitung‘ und tutti quanti“

⁸ „Zur Klärung unserer Parteiverhältnisse“, in: Magdeburger Volksstimme Nr. 21 vom 24. Juli 1890

⁹ (Hans Müller): „Die Gefährdung des Rechts der freien Meinungsäußerung in der Sozialdemokratie“, in: Magdeburger Volksstimme vom 30. Juli 1890

¹⁰ Berliner Volks-Tribüne Nr. 39 vom 27. September 1890.

werden.“¹¹ Mandatsträger sollten nur für einen begrenzten Zeitraum gewählt werden und erst nach einem gewissen Zeitraum wieder für dieses Amt kandidieren können, eine Ämterhäufung – z.B. in Form einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in Fraktion und Kontrollorganen – sollte qua Statut verunmöglicht werden.¹²

Ein weiterer zentraler Streitpunkt war die Stellung zum Parlamentarismus. Die „Jungen“ waren der Meinung, dass dieser – nicht zuletzt durch die Dominanz der Reichstagsfraktion in der Partei – ein zu großes Gewicht bekommen habe. Die Wahlen sollten allein als Gradmesser der Bewusstheit der Arbeiterklasse dienen und die Arbeit im Parlament nur der Entlarvung der bürgerlichen Parteien und der Aufrüttelung der Arbeiter. Stattdessen versuche die Fraktion durch eigene Gesetzentwürfe im Parlament mitzuarbeiten und begeben sich damit auf eine gefährliche Bahn. Im Versuch, möglichst viele Wählerstimmen zu erzielen, würden die Wahlprogramme derart gestaltet, dass sie auch für Kleinbürger akzeptabel werden. Dadurch entferne man sich geradezu zwangsläufig immer mehr vom Endziel des Sozialismus.

Im Zuge dieser Auseinandersetzungen war nicht nur in der allgemeinen Öffentlichkeit, sondern auch unter den Parteigenossen der Eindruck immer mehr verbreitet, dass die Spaltung der Partei unmittelbar bevorstünde. Das war angesichts des in der Partei verbreiteten Strebens nach Einheit der Arbeiterklasse eine durchaus albatrossartige Vorstellung, deren Verwirklichung es um jeden Preis zu verhindern gelte. Das traf für die Parteileitung genauso zu, wie für die Vertreter der Opposition. Erstere blies nun zur Offensive und warf die Autorität BEBELS in die Waagschale, um in den Zentren der Opposition dieser Einhalt zu gebieten. Als erstes – am 10. August 1890 – ging BEBEL nach Dresden, um in einer öffentlichen Volksversammlung der Redaktion der *Sächsischen Arbeiterzeitung* entgegenzutreten. Hier hatte er leichtes Spiel, da die Opposition über keinen Massenanhang in der dortigen Partei verfügte. In der Versammlung wurde mit „überwältigender Majorität“ eine von BEBEL vorbereitete Resolution angenommen, in der die Redaktion der *Sächsischen Arbeiterzeitung* wegen ihrer „ungerechtfertigten Angriffe auf die Parteileitung“ getadelt wurde. Außerdem wurde beschlossen, die Redaktion abzusetzen und die Zeitung in Parteieigentum überzuführen.¹³

Wenige Tage später, am 13. August 1890, kritisierte BEBEL in Magdeburg vor 3000 Zuhörern sowohl die Opposition als auch die Redaktion der *Volksstimme*. Hier gestaltete sich die Auseinandersetzung zwar nicht so einfach, wie in Dresden. Dennoch wurde die von BEBEL eingebrachte Resolution, in der die Einmischung der Redaktion der *Volksstimme* „in den persönlichen Streit“ zwischen BEBEL und WILLE bzw. der *Sächsischen Arbeiterzeitung* kritisiert und von ihr verlangt wurde, „die weitere Polemik in dieser Streitsache“ einzustellen, mit einer Zweidrittel-Mehrheit angenommen. Daraufhin erklärte die Redaktion ihren Rücktritt.

Damit waren die wichtigsten Bastionen der Opposition in der Provinz erobert, BEBEL holte nun zum entscheidenden letzten Schlag in der Hauptstadt aus. Die Versammlung fand am 25. August 1890 vor etwa 5000 Personen in der Volks-Brauerei, dem größten Veranstaltungssaal Berlins, statt. In einer längeren Rede wies er sämtliche Angriffe seitens der Opposition zurück, da sie durch nichts bewiesen seien und eine „schwere Beleidigung“ der Fraktion bzw. seiner Person darstellten. Bruno WILLE wiederholte seine Kritik an der offiziellen Politik der Partei, nach sechsstündiger Verhandlungsdauer stimmten schließlich die Versammelten mit großer Mehrheit einer Resolution BEBELS zu.

Damit war der Opposition ein entscheidender Schlag versetzt worden. In Halle erlitt sie, die mit insgesamt 15 Vertretern auf dem Kongress vertreten waren, durch die ungeschickte Verteidigung ihres wichtigsten Protagonisten, Wilhelm WERNER, Schiffbruch auf ganzer Linie. Zwar konnte man es indirekt erwirken, dass einige ihrer Kritikpunkte beim Organisationsstatut berücksichtigt wurden, was aber die von Seiten des Parteivorstandes gut vorbereiteten Abrechnung mit der Tätigkeit und den „Anschuldigungen der Opposition“ angeht, hatte WERNER der Parteiprominenz kaum etwas entgegenzusetzen. Schließlich wurde eine „Neuner-Kommission“ gebildet, die über das Verhalten WERNERS – nicht jedoch der Opposition insgesamt – zu befinden hatte. Sie gab ein vernichtendes Urteil zu WERNER ab¹⁴, ohne jedoch seinen Verbleib in der Partei in Frage zu stellen.

Nachdem die Vertreter der Opposition auf dem Halleschen Parteitag im Oktober 1890 somit noch einmal knapp um einen Ausschluss herumgekommen waren, waren die Auseinandersetzungen zu-

¹¹ So die Magdeburger *Volksstimme*, zitiert nach Berliner Volks-Tribüne Nr. 33 vom 16. August 1890.

¹² Vgl.: *Sächsische Arbeiter-Zeitung* Nr. 98 vom 15. August 1890

¹³ Müller 1892, S. 84f

¹⁴ Protokoll 1891, S. 53

nächst einmal beigelegt. Die Opposition verpflichtete sich, „die Streitaxt [zu] begraben“¹⁵ und leckte ihre Wunden, Fraktion und Parteileitung hofften, dass damit die „Ruhe“ in der Partei wiederhergestellt wäre. Erst die von dem bayerischen Abgeordneten Georg von VOLLMAR im Frühsommer 1891 in München gehaltenen „Eldorado-Reden“ (benannt nach dem Lokal, in dem sie vorgetragen worden waren), in denen dieser für ein „allmähliches Hineinwachsen“ in den Sozialismus und eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien zur Verbesserung der Lage der Arbeiter plädierte und den „Dreibund“ – das militärische Bündnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien – als „Garanten des Friedens“ bezeichnet hatte, brachte ein erneutes Aufflammen der Empörung in den Reihen der Partei. Als erstes wurde am 9. Juni 1891 in einer Schuhmacherversammlung in Berlin reagiert. Referent war an diesem Tage WERNER, der die Gelegenheit nutzte, um auf die Vorgänge in München aufmerksam zu machen. Daraufhin wurde von den Versammelten eine Resolution einstimmig angenommen, in der VOLLMARs Ansichten für „unsozialistisch“ erklärt wurden und diesem das Recht abgesprochen wurde, weiterhin die Interessen des Proletariats zu vertreten.¹⁶ Die Parteileitung reagierte prompt, in nahezu allen sozialdemokratischen Zeitungen wurden die Schuhmacher verdammt, weil sie – als „eine zufällig zusammengelaufenen Gewerkschaftsversammlung“¹⁷ nicht berechtigt gewesen seien, über VOLLMAR als Parteigenosse zu urteilen. Sie ging in keiner Weise auf die inhaltliche Kritik ein, stattdessen begann sie eine Kampagne gegen die Opposition vom Zaume zu brechen.¹⁸

Anfang Juli 1891 entzündete sich die Debatte nochmals auf zwei Versammlungen im Berliner Feenpalast. Richard BAGINSKI und Carl WILDBERGER bekräftigten – „meist mit mehr Wärme als Geschick“¹⁹ – die Kritikpunkte der Opposition,²⁰ die sich hauptsächlich mit der zunehmenden Parlamentarisierung und der damit einhergehenden befürchteten Verkleinbürgerlichung der Partei beschäftigten. BEBEL und der Reichstagsabgeordnete R. FISCHER hingegen verteidigten die Parlamentspolitik der Fraktion. Die überaus lebhaften Auseinandersetzungen endeten schließlich mit einer mit überwältigender Mehrheit (gegen 200 Stimmen) angenommenen Resolution, die die bisherige Parteitaktik gutieß. BEBEL warnte schließlich die Opposition, dass wenn sie „mit der Haltung und Taktik der Partei sich nicht versöhnen könne, sie Gelegenheit bekomme, eine eigene Partei zu gründen.“²¹

Die Berliner Oppositionellen zogen nun offensichtlich ihre Lehren aus dem unkoordinierten und wenig überzeugenden Auftreten in den beiden Versammlungen. Kurz darauf wurde ein Flugblatt „An die sozialdemokratischen Parteigenossen Berlins“ in Umlauf gebracht, in dem die Kritikpunkte der Opposition erstmals ausführlich dargelegt wurden. Sie warfen „einzelnen Führern“ vor, den „revolutionären Geist dieser Bewegung (...) systematisch zu ertöten“ und „jedes demokratische Denken und Fühlen“ zu ersticken, wodurch die Bewegung immer mehr zur „puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung“ herabsinke. Heute verleugne man, um den verschiedensten Wählerschichten bis in „andere Gesellschaftsklassen“ hinein gerecht zu werden, vielfach die revolutionären Prinzipien. Wichtiger als die Gewinnung der „indifferenten Landbevölkerung“ und von Kleinbürgern sei es, die „vorgeschrittene Arbeiterschaft“ in den Industriezentren zu mobilisieren, denn allein dort werde der Kampf entschieden. Bei ihrer Kritik am Parlamentarismus bezogen sie sich auf keinen Geringeren als Wilhelm LIEBKNECHT, der 1869 in einer Broschüre allen diesbezüglich aufkommenden Illusionen in der Partei eine unzweideutige Absage erteilt hatte – damit werde „das Prinzip geopfert, der ernste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahne verführt, der Bismarcksche ‚Reichstag‘ sei zur Lösung der sozialen Frage berufen.“²² Schließlich forderten sie ihre „Parteigenossen, welche mit uns, namentlich unter dem Sozialistengesetz, für die Verbreitung unserer Ideen so tapfer kämpften, (auf), dass sie sich endlich aufraffen und wieder mit uns der Versumpfung entgegentreten.“

Mit diesem Flugblatt hatte sich die Opposition erstmals eine Plattform verschafft, in der sie ihre Kritik an den Zuständen in der Partei ausführlich darlegte. Es war die Antwort auf die Ausschlussdrohung BEBELS – und in gewissem Sinne eine Bestätigung des Vorwurfs eines organisatorischen Zu-

¹⁵ Ebenda, S. 54

¹⁶ Müller 1975, S. 83

¹⁷ Vorwärts Nr. 134 vom 12. Juni 1891, zitiert nach Müller 1975, S. 84

¹⁸ Müller 1975, S. 85

¹⁹ Bernstein 1910, S. 120

²⁰ Vgl. Protokoll 1891 S. 55ff. und Bernstein 1910, S. 119f.

²¹ Protokoll 1891 S. 57

²² W. Liebknecht 1976, S. 21

sammenschlusses an die Opposition. Diesen Eindruck hatten die Vertreter der „Jungen“ bis dato immer zu vermeiden versucht, um der Parteileitung keine formalen Gründe für einen Ausschluss zu bieten.

Dieser Ausschluss wurde schließlich auf dem Erfurter Parteitag vollzogen. Dort wurde von der Parteileitung ein Text, in dem die „Anschuldigungen der Berliner Opposition“ in 14 Punkten stichwortartig von Ignaz AUER zusammengefasst worden sind,²³ in Broschürenform vorgelegt. WERNER als Sprecher der Opposition bestritt, dass es eine „fest gegliederte Opposition“ in Berlin gebe²⁴ und griff verschiedene, teilweise lange zurückliegende Kritikpunkte an verschiedenen Vertretern und Entscheidungen der Fraktion auf, beklagte den „schlechten Ton“ und die Zensur von Versammlungsberichten im *Vorwärts* usw., legte aber keine systematische Kritik der von Oppositionellen beklagten Entwicklungen in der Partei vor. Schließlich wurde die Bildung einer Kommission beschlossen, welche noch während der Verhandlungen des Parteitages „die Anklagen (...) zu prüfen und dem Parteitag Bericht zu erstatten“ habe. In der folgenden Diskussion um die „Taktik der Partei“ war es WILDBERGER, welcher – mit deutlich mehr Geschick, als WERNER – die Kritikpunkte der Opposition mit zahlreichen Beispielen untermauerte. Im weiteren sind dann zwar von den meisten Rednern VOLLMARS in den Eldoradoreden geäußerten Positionen mehrfach als deutlich schädlicher für die Partei angesehen worden, als die „Abweichungen“ der Berliner Opposition, der Parteivorstand indes war entschlossen, dem Treiben der Opposition ein Ende zu bereiten. Das war ihren Vertretern durchaus bewusst, es war schließlich Albert AUERBACH, der quasi das Schlusswort für die Opposition sprach.²⁵ Darin prophezeite er der Partei, dass, sofern sie ihre bisherige „Reichstagspraxis“ weiterverfolge, diese „mit Notwendigkeit zur Vollmarschen Taktik“ führe. Das Urteil der Kommission warteten sie indes nicht mehr ab. In einer Erklärung gaben die beiden Berliner Delegierten WERNER und WILDBERGER sowie die Magdeburger AUERBACH, BAETGE, SCHULTZE ihren Austritt aus der Partei bekannt. Das Urteil der Neuner-Kommission, das mit nur 11 Gegenstimmen vom Parteitag angenommen wurde und in dem sämtliche Anschuldigungen der Opposition als unhaltbar erklärt und der Ausschluss von WERNER und WILDBERGER beschlossen worden ist, war dann nur noch Formsache.²⁶

Bereits unmittelbar nach dem Parteitag wurde am 8. November 1891 der *Verein unabhängiger Sozialisten* in Berlin aus der Taufe gehoben. Damit war die Trennung zwischen der Partei, die sich immer mehr in Richtung einer herkömmlichen parlamentarischen Partei entwickelte, und dem linken Flügel, der sich auf die revolutionären Traditionen der Sozialdemokratie berief, vollzogen. Allerdings sind viele Vertreter und Anhänger der Bewegung der „Jungen“ in der Partei verblieben, einige kehrten nach relativ kurzer Zeit wieder in den Schoß der Partei zurück. Für einen anderen Teil der „unabhängigen Sozialisten“ sollte der Verein nur ein Zwischenschritt in der Entwicklung hin zum Anarchismus werden.

Das Wiedererwachen der Bewegung in Magdeburg

Die Verhaftungswelle im Winter 1886/87 hatte in Magdeburg zunächst zu einem weitgehenden Zusammenbruch der sozialdemokratischen und anarchistischen Aktivitäten geführt. Im Gefolge vier großer Prozesse wurden die Organisationen der Magdeburger Arbeiterbewegung weitgehend zerschlagen.²⁷ Der Stillstand in der Bewegung hielt auch nach der Freilassung der Gefangenen an. Eine feste Partei-Organisation bestand zu der Zeit nicht, lediglich die Fachvereinsbewegung sei „durch Ausgewiesene wieder in Fluss gebracht“ worden. Nur auf „einige Elemente“ habe die Strafe keinen Eindruck gemacht, sie fühlen sich „vielmehr nunmehr erst recht berufen, die Bewegung in der Arbeiterpartei von Neuem in Fluss zu bringen.“²⁸ Zwar wurden keine öffentlichen Versammlungen mehr abgehalten, die Parteianhänger trafen sich jedoch regelmäßig in einer Anzahl von Lokalen, wo sie diskutierten, Unterstützungsgelder sammelten und Presseerzeugnisse vertrieben. Ein Signal zur Wiederbelebung der Bewegung wurde anlässlich des 10. Jahrestages der Verhängung des Sozialistengesetzes am 21. Oktober 1888 am Breiten Weg in Magdeburg sowie in Groß Ottersleben und Olvenstedt gege-

²³ Vgl. Protokoll 1891 S. 74

²⁴ Vgl. Protokoll 1891 S. 97-103

²⁵ Vgl. Protokoll 1891 S. 245-250

²⁶ Vgl. Protokoll 1891 S. 318-321

²⁷ Siehe dazu: Parthenopolis 1, 2007/2008. Magdeburg 2008, S. 127ff.

²⁸ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 1, Bl. 160ff.

ben, als große rote Transparente mit sozialdemokratischen Losungen aufgehängt worden sind.²⁹ Am wichtigsten für den erneuten Aufschwung der Arbeiterbewegung erwiesen sich jedoch die Gewerkschaften. Im Jahre 1888 sind zahlreiche sogenannte Fachvereine neu gegründet worden. Deren führenden Aktivisten waren es auch, die die Partei nach der Repressionswelle reorganisierten, indem sie die Verbindung zwischen den verschiedenen Fachvereinen herstellten und hielten. Dazu hatten sie zwei Komitees mit je drei Mitgliedern gebildet, die „für die Verbreitung von Druckschriften“ sowie für „Geldsammlungen und Unterhaltung von Verbindungen zur Reichstags-Fraktion sowie zu anderen Städten“ zuständig waren.³⁰ Im Bericht vom 26. September 1889 vermerkte die Polizei, dass die „sozialdemokratische Bewegung innerhalb des letzten Halbjahres im hiesigen Regierungsbezirke außergewöhnlich lebhaft gewesen“ sei und dabei ihre „Stütze immer mehr in der Gewerkschaftsbewegung und in der terroristischen Ausnutzung des Koalitionsrechts“ gefunden habe.³¹ Mit letzterem sind die zahlreichen Streiks und Unterstützungsleistungen³² durch die Gewerkschaften gemeint, die 1889/90 in Magdeburg stark zugenommen hatten und die für die Propagierung der sozialdemokratischen Ziele benutzt worden waren. Im Januar 1890 wurde dann die Gründung einer *General-Kommission der Arbeiter Magdeburgs* als Dachorganisation der lokalen Fachvereine beschlossen und ein vorläufiges Statut verabschiedet. Bereits kurze Zeit später vereinigte die Kommission 17 Branchengewerkschaften, die allesamt im Lager der Sozialdemokratie standen.³³

Auch die (partei-)politische Organisierung wurde vorangetrieben. Am 18. Februar 1889 wurde auf einer Volksversammlung die Gründung des *Vereins zur Förderung des Volkswohls und volkstümlicher Wahlen* beschlossen. Dieser Verein wurde faktisch zur Lokalorganisation der Magdeburger Sozialdemokratie. Man kann davon ausgehen, dass in diesem Verein die oppositionelle Richtung einen nicht unwesentlichen Einfluss hatte. So sprach der Anfang des Jahres 1890 nach Magdeburg verzogene sozialdemokratische Student Hans MÜLLER davon, dass in der Magdeburger Arbeiterschaft jener Zeit „heimliches Misstrauen“ gegenüber der Fraktion vorherrschte³⁴, ebenso wie sein Kampfgefährte Paul KAMPFFMEYER, der in seinen Erinnerungen an jene Zeit davon sprach, dass im Sommer 1890 „eine stark antiparlamentarische Strömung (...) das oppositionelle Magdeburg durchwogte“.³⁵ Diese Haltung ist aber schon einige Zeit vorher im Entstehen begriffen gewesen, was auch die politische Polizei konstatierte, wenn sie im Frühjahr 1889 vom Erstarken einer „radikaleren Strömung“ berichtete.³⁶ Auch der Fakt, dass der Vertrieb des offiziellen Parteiorgans *Sozialdemokrat* in Magdeburg zeitweilig zum Erliegen gekommen ist, dürfte nicht zuletzt dem Unwillen des radikalen Flügels zuzuschreiben gewesen sein, diesen weiterhin zu vertreiben.³⁷ Anscheinend waren die Aktiven der Partei mit der zurückhaltenden Vorgehensweise der lokalen wie auch reichsweiten Parteileitung derartig unzufrieden, dass sie den Bezug des *Sozialdemokrat* eingestellt hatten. Die Berliner Polizei hatte bereits Ende 1887 notiert, dass „in mehreren Hauptzentren der Bewegung“ – darunter Magdeburg – „die Radikalen sich ganz absonderten, die Erträge ihrer Sammlungen für sich behielten, Flugblätter durchaus revolutionären Inhalts auf eigene Hand verbreiteten, den ‚Sozialdemokrat‘ als zu gemäßigt abschafften und an Stelle dessen die ‚Freiheit‘ und die (...) ‚Autonomie‘ zu lesen und zu unterstützen angingen.“³⁸ Hingegen sei – so ihre Magdeburger Kollegen – die Verbreitung der verschiedenen Fachvereinszeitungen und „anderer sozialdemokratischer Literatur“ deutlich angewachsen. Sie sahen den Grund vor allem darin, dass „sich mit dem Vertrieb niemand mehr befassen will“ und anscheinend auch keiner gewillt war, die ausstehenden Abonnementsgelder zu bezahlen. Lediglich der der gemäßigten Richtung angehörende Wilhelm KLEES in Buckau schicke Gelder nach Zürich.³⁹

²⁹ *Berliner Volks-Tribüne* Nr. 43 vom 27. Oktober 1888

³⁰ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 1, Bl. 225ff.

³¹ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 105-108

³² Diese wurden – trotz ihrer anhaltend schlechten materiellen Situation – durch die Arbeiter „zahlreich und bereitwillig“ geleistet, wie die Polizei mit einigem Erstaunen feststellen musste. (LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 174-183)

³³ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 174-183

³⁴ H. Müller 1892, S. 77

³⁵ Kampffmeyer 1910, S. 41

³⁶ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 47-48

³⁷ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 1, Bl. 160ff.

³⁸ Dokumente 1, S. 321f. Für den Vertrieb der *Autonomie* in Magdeburg nach 1887 konnten keine Belege gefunden werden.

³⁹ Allerdings verbürgte sich die Polizei nicht für ihre Angaben, da sie einräumen musste, „dass die Abonnentenzahl gegenwärtig auch nicht annähernd bekannt“ sei. Teilweise wird der Rückgang der Verbreitung des *Sozialdemokrat* auch auf die Beschlagnahme von Sendungen zurückzuführen gewesen sein. (LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2., Bl. 52ff.)

Der Höhepunkt: die Reichstagswahlen im Februar 1890

Für den 20. Februar 1890 waren die Wahlen zum neuen Reichstag angesetzt. In Magdeburg bereitete man sich frühzeitig darauf vor. Ähnlich wie bei den Wahlen 1887 war die Auswahl des Kandidaten für den Wahlkreis Anlass für Auseinandersetzungen in der Partei. Der bisherige Anwärter, der Halberstädter Hutmacher August HEINE, wollte auch dieses Mal wieder kandidieren, obwohl seine Aufstellung bereits bei der letzten Wahl heftig umstritten gewesen ist. Verschärft wurde die Situation dadurch, dass sich HEINE mit seinem Bekenntnis zur „kaiserlichen Botschaft“ beim Magdeburger Geheimbundprozess 1887 unter den dortigen Arbeitern vollständig desavouiert hatte.⁴⁰ Dennoch wollten er und einige Vertreter des gemäßigten Flügels der Partei an seiner Kandidatur festhalten. HEINE hatte, ohne die örtliche Partei offiziell zu informieren, Anfang November 1888 eine Versammlung einberufen, in der er sich den hiesigen Arbeitern als Reichstagskandidat empfahl. Daraufhin veröffentlichten Magdeburger Parteigenossen ein Protestschreiben in der *Berliner Volks-Tribüne*, in dem sie gegen die Überrumpelung der lokalen Partei durch HEINE protestierten und ihre Kritik an seiner Person darlegten. Auf einer öffentlichen Versammlung, in der HEINE für die Gründung einer Familien-Krankenkasse warb, kam es zu tumultartigen Szenen, als seine Kandidatur thematisiert wurde. In einer späteren Versammlung wurde von den Anwesenden – einschließlich seines bis dato stärksten Befürworters, BREMER, – gegen „die Art, wie Herr HEINE über die Köpfe der Magdeburger hinweg seine Versammlung einberufen“ habe und wodurch „Uneinigkeit und Zersplitterung“ hätte entstehen können, protestiert und schließlich festgehalten, dass sein Versuch, sich „als Kandidat aufzudrängen (...) vollständig erfolglos gewesen“ sei. Daraufhin musste er seine Kandidatur zurückziehen.⁴¹

Dadurch war ein wesentlicher Streitpunkt in der Magdeburger Sozialdemokratie beseitigt und der Weg zur Wiedervereinigung der radikalen und gemäßigten Strömung frei⁴² – und damit der für eine intensive Wahlvorbereitung. Gleichzeitig mit der Gründung des „Vereins zur Förderung des Volkswohls und volkstümlicher Wahlen“ am 18. Februar 1889 wurde die Kandidatur des Münchener Landtagsabgeordneten Georg von VOLLMAR für Magdeburg bekannt gegeben, welcher von den Versammelten einstimmig bestätigt wurde. Der Verein entfaltete in den Folgemonaten eine rege Agitation und erzeugte damit „eine derartige Gärung, dass der leidenschaftliche Hass gegen die bestehende Ordnung und deren Wächter bei jeder Gelegenheit in Widersetzlichkeit und tätlichen Angriffen sich Luft zu machen sucht.“⁴³

Die Polizei reagierte in gewohnter Weise auf das Erstarken der Sozialdemokratie – am 30. August 1889 wurde der Verein bereits wieder verboten. Sie konnte damit jedoch kaum mehr Wirkung erzielen. Seit der Jahreswende 1889/90 intensivierte die hiesige Partei ihren Wahlkampf. „In den fast Tag auf Tag abgehaltenen öffentlichen Wahlversammlungen wurde zur äußersten Tätigkeit angespornt“, es wurden Plakate geklebt, Parolen für VOLLMAR mit Hilfe von Schablonen an die Wände und Bauzäune der Stadt gemalt, massenhaft Flugblätter verteilt und in den Fachvereinsversammlungen agitiert.⁴⁴

Offensichtlich ist es der hiesigen Sozialdemokratie gelungen, unter der Arbeiterschaft eine Hochstimmung zu erzeugen, die einerseits durch die Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes durch den Reichstag am 25. Januar 1890 und andererseits durch die Geschlossenheit, mit der die Partei im Wahlkampf aufgetreten ist, befördert worden sein dürfte. Zum ersten Mal seit der Spaltung der lokalen Parteiorganisation im Jahre 1885 sind die Magdeburger Sozialdemokraten wieder geeint aufgetreten, beide Flügel haben sich im Wahlkampf engagiert und ihre internen Zwistigkeiten hintenan gestellt. Bei den Wahlen am 20. Februar 1890 erreichte der sozialdemokratische Kandidat für Magdeburg, VOLLMAR, mit 17.256 Stimmen bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, womit weder die Behör-

⁴⁰ Am 17. November 1887 wurde von Bismarck eine „Kaiserlichen Botschaft“ Wilhelm II. im Reichstag verlesen, in der umfassende sozialpolitische Reformen angekündigt wurden. Im Jahre 1884 stand – neben HEINES opportunistischen Anbiederung bei kleinbürgerlichen und -bäuerlichen Wählerschichten – die „Selbstverherrlichung seiner Person“ und sein „geschäftssozialistisches Gebaren“ im Mittelpunkt der Kritik. (LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 1, Bl. 32)

⁴¹ Berliner Volkszeitung vom 15. November 1888 und Neue Preußische Zeitung vom 14. November 1888, Zeitungsausschnitte in: LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 1, Bl. 32 sowie Berliner Volks-Tribüne Nr. 45 vom 10. November 1888 Nr. 47 vom 24. November 1888 und Nr. 48 vom 1. Dezember 1888.

⁴² Vgl.: Neue Preußische Zeitung vom 14. November 1888.

⁴³ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 845 Bd. 7, Bl. 201ff.

⁴⁴ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 174-183. Im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen am 20. Februar fanden laut Polizei 16 „große Volksversammlungen“ mit bis zu 4000 Zuhörern statt, sowie weitere 11 im Vorfeld der Nachwahlen am 20. März 1890. Vgl.: LHASA Rep. C28, Ia Nr. 861, Bl. 111-114

den, noch die örtlichen Parteivertreter selbst gerechnet hatten.⁴⁵ Allein die Tatsache, dass VOLLMAR gleichzeitig in München für die Partei angetreten und gewählt worden war – er nahm schließlich das dortige Mandat an – führte dazu, dass am 20. März 1890 erneut ein Urnengang anstand. Dieses Mal wurde der Gothaer Redakteur Wilhelm BOCK ins Rennen geschickt. Er konnte das Ergebnis für die Sozialdemokratie nochmals verbessern – auf 18.455 Stimmen – und damit wieder sämtliche Erwartungen übertreffen.

Das Fiasko: die Maifeier

Unter dem Eindruck des Hochgefühls nach den Wahlerfolgen wurden nun verstärkt die Vorbereitungen für die Maifeier angegangen. Am 1. Mai 1890 sollte – gemäß den Beschlüssen des Internationalen Arbeiterkongresses von Paris im Vorjahr – weltweit für die Einführung des 8-Stunden-Tages gestreikt bzw. Manifestationen veranstaltet werden. Eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung des Ereignisses spielte die Anfang des Jahres gegründete *General-Kommission der Arbeiter Magdeburgs*. Die ihr angehörigen Fachvereine beriefen zahlreiche Versammlungen ein, in denen für den Maifeiertag agitiert und über die Art und Weise, wie diese Feier abgehalten werden sollte, debattiert wurde. In der Regel wurde – zumeist einstimmig – beschlossen, am ersten Mai die Arbeit ruhen zu lassen.⁴⁶ Als im März 1890 nach dem Aufruf führender Berliner Sozialdemokraten zur allgemeinen Arbeitsruhe ein Streit mit Vertretern der Fraktion, die dafür plädierten, den Beschluss der Fraktion dazu abzuwarten, entbrannte, beschloss die *General-Kommission der Arbeiter Magdeburgs* am 9. April 1890 eine Resolution, in der sie sich „mit dem Vorgehen der Berliner Genossen vollständig einverstanden“ erklärte und ihre Absicht, „den 1. Mai als Feiertag zu betrachten“, bekräftigte.⁴⁷ Der vier Tage später von der Reichstagsfraktion erlassene Aufruf, in dem vor einer allgemeinen Arbeitsniederlegung gewarnt wurde, führte zu heftigen Auseinandersetzungen in der Magdeburger Partei. Am 17. April 1890 kam es auf einer Volksversammlung zu einer erregten Debatte. Die Fraktion hatte eigens einen Vertreter entsandt, der ihre Entscheidung erläutern sollte. Daraufhin gab BREMER zu bedenken, dass der Pariser Beschluss in den verschiedenen Ländern unterschiedlich gehandhabt werde, kritisierte aber, dass sich die Fraktion erst so spät geäußert hatte. Er sprach sich gegen eine allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai aus. Andere schlossen sich ihm an, da abzusehen war, dass es zu keiner einheitlichen Aktion der Arbeiter an diesem Tage mehr kommen werde, was eine Maßregelung der trotzdem Feiernden zur Folge haben würde. Als es zur Abstimmung über die Frage, ob der 1. Mai als Feiertag, an welchem die Arbeit ruht, begangen werden soll, kam, wurde dies von den Anwesenden mehrheitlich bejaht. Daraufhin forderte BREMER erneute Abstimmung, da sich ein Großteil bei der Stimmabgabe enthalten hätte und die Versammelten die Frage wohl nicht richtig verstanden hätten. Der Vorsitzende der Versammlung, LANKAU, verwahrte sich zwar gegen diese Unterstellung, ließ jedoch – trotz zahlreicher Einwände – ein zweites Mal abstimmen. Dieses Mal brachte die Abstimmung das von BREMER gewollte Ergebnis. Eine Resolution kam zur Annahme, in der die Arbeiter aufgefordert wurden, die Maifeier mit Versammlungen und Festlichkeiten zu begehen, nicht jedoch die Arbeit niederzulegen.

Damit wurde der Stimmung in der Arbeiterschaft ein empfindlicher Dämpfer versetzt. Zwar wurde am „Arbeiterfeiertag“ auf einigen Bauplätzen und Werkstätten nicht gearbeitet und auch von einigen Arbeitern versucht, ihre Kollegen in anderen Fabriken zur Arbeitsniederlegung zu bewegen,⁴⁸ in der Mehrzahl folgten die Arbeiter den Beschlüssen ihrer Führer bzw. beugten sich den Drohungen der Arbeitgeber. Nur vereinzelt, und zumeist erst nach Arbeitsende, wurden einige kleinere Versammlungen bzw. Feiern oder Ausflüge abgehalten – die großen Versammlungen waren allesamt von den Behörden verboten worden. Mit Ausnahme von ein paar Zwischenfällen ist der erste Mai ohne größere Störungen verlaufen. Die nationalliberale *Magdeburgische Zeitung* konnte befriedigt feststellen, dass „dieser Versuch, die bürgerliche Gesellschaft durch die Arbeitermassen zu terrorisieren“ nicht nur hier

⁴⁵ Das entsprach 50,2% der abgegebenen, gültigen Stimmen im Wahlkreis – bei der 1887er Wahl hatte Heine noch 40,1% erzielt. Die Behörden hatten unter Zugrundelegung des Bevölkerungszuwachses seit 1887 mit etwa 14.200, die Parteivertreter mit 16.000 Stimmen gerechnet. (LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 174-183)

⁴⁶ In der *Magdeburgischen Zeitung* Nr. 185 vom 13. April 1890 sind die Fachvereine folgender Berufsgruppen aufgelistet, die Beschlüsse, „den ersten Mai als einen sozialistischen Feiertag zu heiligen“ (und damit die Arbeit ruhen zu lassen) gefasst hatten: „Korbmacher, Kupferschmiede, Former, Schuhmacher, Bauhandwerker, Tischler, Maler, Metallarbeiter, Zimmerer, Feilenhauer und Maurer und Zimmerer“.

⁴⁷ *Magdeburgische Zeitung* Nr. 179 vom 10. April 1890

⁴⁸ Vgl.: *Magdeburgische Zeitung* Nr. 218, 2. Mai 1890

„auf das kläglichste gescheitert“ sei.⁴⁹ Laut Polizei herrschte unter den „sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern (...) große Verbitterung“⁵⁰ und im Gefolge des „Fiaskos“ vom ersten Mai machte sich eine „allgemeine Ruhe und Ermüdung“ unter den Arbeitern breit, so dass „an die Stelle der Sorgen (...) bei den besitzenden Klassen wieder vielfach die alte Sorglosigkeit getreten“ sei.⁵¹

Die Volksstimme

Die Verbitterung unter den Arbeitern schlug sich in verstärkten Aktivitäten des radikalen Flügels der Magdeburger Partei nieder. Die Opposition konzentrierte sich nun verstärkt auf das Projekt einer lokalen Parteizeitung, die dem Pressemonopol der Fraktion etwas entgegensetzen sollte. Bereits zu Beginn des Jahres 1890 war von verschiedener Seite die Herausgabe einer Tageszeitung angeregt worden. Am 6. Januar 1890 ist dazu eine Zeitungskommission gebildet worden, die dieses Vorhaben vorantreiben sollte und in der die Oppositionellen SCHULTZE und LAUBEN maßgeblich aktiv waren. Im Frühjahr wandte sich die Kommission an den leitenden Redakteur der oppositionellen *Berliner Volks-Tribüne*, Max SCHIPPEL, den sie als Redakteur für das Lokalblatt gewinnen wollten. Dieser lehnte jedoch ab und schlug stattdessen den Studenten Hans MÜLLER aus Rostock, der zu jener Zeit ebenfalls Mitarbeiter an der *Volks-Tribüne* war, als Redakteur vor. Am 27. April 1890 wurde dann MÜLLER als verantwortlicher Redakteur gewählt, unter der ausdrücklichen Maßgabe, die Zeitung „von der Fraktion unabhängig zu redigieren“.⁵² Dieser holte seinen Freund Paul KAMPFFMEYER aus Genf nach Magdeburg, der ihn in der Redaktionsarbeit unterstützen sollte. Mit Max BAETGE als Geschäftsführer des Verlages der *Volksstimme* wurde eine weitere wichtige Position des Blattes mit einem Vertreter des radikalen Flügels besetzt.

In einer Versammlung der örtlichen Arbeiterschaft am 22. Mai 1890 wurde durch LANKAU offiziell verkündet, dass ab 1. Juli „wöchentlich 6mal ein Arbeiterzeitung in Magdeburg“ erscheinen werde. Drei Wochen später, am 11. Juni 1890, stellte MÜLLER das Zeitungskonzept vor: die *Volksstimme* solle der Aufklärung dienen und „eine Stimme der unerschrockenen Demokratie“ sein. „Jedes Wort soll den Sozialismus voll und ganz vertreten und nach den Prinzipien der modernen Arbeiter-Partei Aufklärung verbreiten. (...) Das Volk soll den Glauben zu sich selbst gewinnen“, führte er in seiner Rede vor der Versammlung im Concordia-Theater aus und kündigte eine „freimütige, offene und sachliche“ Schreibweise an.⁵³ Mitte Juni erschien die erste Probenummer der *Volksstimme. Organ für das werktätige Volk von Magdeburg und Umgegend* in einer Auflage von 50.000 Exemplaren. Von Anfang an geriet sie ins Visier der Überwachungsbehörden. Bereits die Beilage der ersten regulären Ausgabe wurde aus einem nichtigen Grund beschlagnahmt – weil der Name des Verlegers und des verantwortlichen Redakteurs darin nicht gesondert verzeichnet waren.⁵⁴

Aber auch im parteiinternen Streit ging es gleich zur Sache. In der *Volksstimme* wurden zahlreiche Artikel der beiden anderen von der Opposition dominierten Lokalzeitungen, der *Berliner Volks-Tribüne* und der *Sächsischen Arbeiterzeitung*, nachgedruckt. Als Bruno WILLES Artikel „Der 1. Oktober“⁵⁵, in dem dieser die Parteileitung heftig angriff, in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* veröffentlicht wurde und eine Welle von Distanzierungen in den lokalen Parteiblättern hervorrief, war die *Volksstimme* die einzige sozialdemokratische Zeitung, die diesen nachdruckte und sich mit WILLE ausdrücklich solidarisierte. In seinem Artikel „Zur Klärung unserer Parteiverhältnisse“⁵⁶ verteidigte MÜLLER das „wackere Bruderorgan“ gegen den „verleumderischen Angriff“ von Seiten der „Parteifanatiker“. Im Anschluss an WILLE kritisierte auch er den vielerorts großgezogenen „Autoritätsglauben“ in der Partei, die „Disziplin um der Disziplin willen“. Die „Magdeburgische Arbeiterschaft“ jedenfalls fasse die Disziplin in der Partei, deren Notwendigkeit MÜLLER auch nicht abstritt, in „demokratischer Weise“ auf und folge der Partei nur, nachdem sie sich von einer „bestimmten Taktik“ überzeugt habe.

⁴⁹ Magdeburgische Zeitung Nr. 219, 2. Mai 1890

⁵⁰ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 861 Bd. 1, Bl. 176ff.

⁵¹ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 120 Bd. 4, Bl. 242

⁵² Müller 1892, S. 77

⁵³ Generalanzeiger Nr. 136 vom 13. Juni 1890

⁵⁴ Woesner 1957, S. 29. Wäre es allein nach dem Polizeipräsidenten KEBLER gegangen, wäre bereits die Probenummer verboten worden.

⁵⁵ Sächsische Arbeiterzeitung Nr. 88 vom 23. Juli 1890. Siehe dazu das Einleitungskapitel.

⁵⁶ Magdeburger Volksstimme Nr. 21 vom 24. Juli 1890

Anders als von WILLE und MÜLLER beabsichtigt, wurden diese Kritikpunkte an den Parteiverhältnissen in anderen Parteiblättern nicht diskutiert. Daraufhin warnte MÜLLER die Redaktionskollegen, dass sie mit ihrem „völligen Schweigen“ der Annahme Vorschub leisteten, dass es innerhalb der Partei „schwere prinzipielle Konflikte“ gebe.⁵⁷ Zudem habe das *Berliner Volksblatt* in „unwürdigster Weise“ den Konflikt auf eine persönliche Schiene verlegt.⁵⁸ Den im Raum stehenden Vorwurf, die *Volksstimme* greife in unzulässiger Weise in einen Konflikt ein, wies MÜLLER zurück. Man kenne „Herren von der *Sächsischen Arbeiterzeitung*“ nicht persönlich, werde sich aber deswegen nicht davon abhalten lassen, diese gegen die Angriffe des *Berliner Volksblattes* und anderer Parteiorgane zu verteidigen. Rücksicht hingegen auf die bürgerliche Presse bzw. die „Durchschnittsansichten des ersten besten Spießbürgers“ zu nehmen, hieße, „aufhören Sozialdemokraten zu sein“. Der „vollkommenen Korruption unserer Partei“ vorzubeugen, gebe es nur ein Mittel – eine „lebhaft, freimütige und sachliche Diskussion“, mit der allein der richtige Weg erkannt werden könne, „der uns am schnellsten und sichersten zum Ziele führt“.

Im weiteren fanden sich in der *Volksstimme* zahlreiche Artikel, in denen sich kritisch mit dem Parlamentarismus auseinandergesetzt wurde.⁵⁹ Dieser wurde als ein Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie betrachtet und in einen Gegensatz zur Demokratie gestellt. Unter letzterer verstand man – d.h. als die „bis zur äußersten Konsequenz gehenden Demokraten“ – die „direkte Volksgesetzgebung“. Viele Artikel waren „von sozialistischen Zukunftsgedanken erfüllt“, den politischen Tagesfragen, noch dazu kommunaler Art, räumte die *Volksstimme* wenig Raum ein.

Nachdem BEBEL besagten Vorwurf der „bubenhaften Kampfweise“ an die Opposition gerichtet hatte, begann in der übrigen Parteipresse eine regelrechte Kampagne, in der die durchaus sachliche Kritik der „oppositionellen Literaten“ in persönliche Verleumdungen umgemünzt wurde. BEBEL veröffentlichte am 7. August 1890 im *Berliner Volksblatt* einen Artikel,⁶⁰ in dem er der Kritik der Opposition jeglichen prinzipiellen Charakter absprach und diese auf persönliche Beleidigungen reduzierte – getrieben von „kleinlichem Neid, unbefriedigtem Ehrgeiz und einem guten Stück Demagogie“. Das ganze sei lediglich eine „systematische Hetze“ gegen Parteileitung und Fraktion, die von Berlin ausgehend auch in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* und der Magdeburger *Volksstimme* betrieben werde. Gerade die Äußerungen des Redakteurs der *Volksstimme*, MÜLLER, der in einer drastischen Ausdrucksweise von „Krebschäden“ und „eiternden Geschwüren“ am Leib der Partei gesprochen hatte, versetzten BEBEL in Wut. Er sprach ihm aufgrund seiner erst kurzen Parteizugehörigkeit und seinem Studentendasein das Recht ab, diejenigen zu kritisieren, die „schon zu einer Zeit im Vordertreffen der Partei gestanden, als er noch die ersten Höschen trug“.

Damit hatte er zum Gegenangriff geblasen. In Berlin hatte der leitende Redakteur der *Volks-Tribüne*, SCHIPPEL, seinen bereits vollzogenen Rücktritt am 9. August 1890 offiziell erklärt und damit der Opposition einen empfindlichen Rückschlag bereitet. Die Redaktion der *Sächsischen Arbeiterzeitung* wurde am darauf folgenden Tag wegen ihrer „ungerechtfertigten Angriffe auf die Parteileitung“ in einer Versammlung in Dresden öffentlich getadelt und zum Rücktritt gezwungen. In Magdeburg wurde zuerst von der Redaktion der *Volksstimme* am 1. August 1890 eine öffentliche Versammlung in das Concordia-Theater einberufen,⁶¹ wo sie sich der Kritik stellte. MÜLLER legte zunächst den Standpunkt der Redaktion dar. Sie bekannte sich darin zum wiederholten Male als „Gegnerin des Autoritätsglaubens“ und kritisierte BEBEL und LIEBKNECHT, weil sie „von den Genossen Unterordnung verlangen“, was „Männer von selbständigen Überzeugungen“ beleidige. Das „Recht der freien Meinungsäußerung“ dürfe nicht angetastet werden, gerade „der Führer einer demokratischen Partei“ dürfe diesem „demokratischen Prinzip am wenigsten ins Gesicht schlagen“. Die Redaktion sei so in Konflikt mit BEBEL geraten, aber sie hätte gar nicht anders handeln können, sonst hätte sie ihre Überzeugungen verraten. Sie erklärte, dass sie „auch in Zukunft alle undemokratischen Bestrebungen in unserer Partei

⁵⁷ Magdeburger *Volksstimme* vom 30. Juli 1890

⁵⁸ Die *Volksstimme* druckte den „Angriff des Leipziger Korrespondenten im *Berliner Volksblatt*“ (es war W. LIEBKNECHT, wie sich später herausstellte) in vollem Wortlaut ab. Er deutete den WILLESCHEN – und weitere – Artikel in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* als einen persönlichen Angriff auf BEBEL, wodurch der „Polizei- und Reaktionspresse“ Material zum Vorankommen der Sozialdemokratie abträglichen „Sensationsnachrichten“ geliefert worden sei.

⁵⁹ So z.B. im Leitartikel „Der tote Parlamentarismus“ in der *Volksstimme* Nr. 3 vom 3. Juli 1890

⁶⁰ „Die ‚Sächsische Arbeiterzeitung‘ und tutti quanti“, *Berliner Volksblatt* Nr. 181 vom 7. August 1890

⁶¹ Der Versammlungsverlauf ist dokumentiert in: LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 1, Bl. 336f sowie Hans Müller 1892, S. 82f

auf das Energischste bekämpfen“ werde, „gleichgültig, an welchen Namen sie sich knüpfen“. In der anschließenden Diskussion verteidigten zunächst einige führende Genossen (BREMER, NITSCHKE) die „alten Führer“, und behaupteten, die Angriffe der *Sächsischen Arbeiter-Zeitung* „schädigen die Arbeitersache“ und die *Volksstimme* sei zu „Schundliteratur herabgesunken“. Die Mehrzahl derjenigen, die sich an der mehrstündigen Diskussion beteiligten, unterstützte hingegen den Standpunkt der Redaktion und kritisierten allenfalls die Form der Kritik, die stellenweise „die Grenzen des anständigen Kampfes weit überschritten“ habe. Es wurden schließlich zwei Resolutionen – eine die Haltung der *Volksstimme* befürwortende, eine tadelnde – eingebracht. Die Abstimmung wurde schließlich aber auf eine spätere Versammlung, zu der BEBEL eingeladen werden sollte, vertagt. Bis dahin wurde der Redaktion von der Versammlung nahezu einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Die Fortsetzung erfolgte dann am 13. August 1890 vor etwa 3000 Zuhörern, die sich trotz des Termins an einem Wochentag im Schlossgarten eingefunden hatten.⁶² Zuvor hatte es bereits eine „vertrauliche Zusammenkunft der einflussreicheren Genossen“ gegeben, auf der „eine Reihe von Arbeitern“ BEBEL zu einigen Fragen zur Rede gestellt und sich zur *Volksstimme* bekannt hatten.⁶³ Er war also spätestens dadurch vorgewarnt, dass es in Magdeburg nicht so einfach werden sollte, wie zuvor in Dresden.⁶⁴ So war dann auch der Tenor der anderthalbstündigen Rede BEBELS deutlich versöhnlicher als der der in Dresden vorgetragenen. BEBEL erklärte, dass er die Vorwürfe WILLES gegen die Parteileitung auf sich persönlich bezogen habe und seine scharfe Erwiderung – die Floskel von der „bubenhaften Kampfweise“ – in der „ersten Erregung“ erfolgt sei. Er ging nochmals ausführlich auf die Verdienste der „alten Genossen“ für die Partei ein, und verwies darauf, dass MÜLLER der Partei erst seit kurzem angehöre – wofür dessen Kritik doch zu scharf sei. MÜLLER entgegnete ihm, dass die *Volksstimme* sehr wohl berechtigt gewesen sei, in den Konflikt einzugreifen, da sie schließlich – auch von BEBEL – selbst angegriffen worden sei. Man habe aber niemanden persönlich attackiert, sondern auf die prinzipiellen Unterschiede in den Auffassungen, die in der Partei herrschten, hingewiesen. Es folgte eine lebhafte, lang andauernde Diskussion, in der etliche Redner für und gegen die Redaktion Stellung nahmen.⁶⁵ Als schließlich eine von BEBEL eingebrachte Resolution zur Abstimmung kam, wurde sie mit „überwiegender Majorität“ angenommen.⁶⁶ Zwei Tage später legten die Redaktion der *Volksstimme* sowie der Geschäftsführer des Verlages, Max BAETGE, aus „Gründen sittlicher und prinzipieller Natur“ ihr Amt offiziell nieder.⁶⁷

Die Auseinandersetzungen um das Organisationsstatut und der Parteitag in Halle

Wenn auch MÜLLER selbst später einschätzte, dass damit „die Opposition in Magdeburg zu Boden geworfen“ gewesen sei,⁶⁸ so blieb sie in der Folge nicht untätig. Auch hatten zwar am 1. September

⁶² Die Angaben über die Anzahl der Besucher variieren. Im polizeilichen Überwachungsbericht (LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 1, Bl. 351f) ist von 2000 Personen die Rede, Hans MÜLLER (Müller 1892, S. 85ff) sprach von „mindestens“, der *Sozialdemokrat* (Nr. 34 vom 23. August 1890) von „circa“ 3000 Zuhörern, zudem hätten „viele Hunderte“ aufgrund Platzmangels nicht teilnehmen können. MÜLLER monierte zudem, dass das Publikum „nur zum kleinsten Teil zu den tätigen in der Bewegung stehenden Genossen“ zählte, ein gut Teil sei aus den umliegenden Dörfern „herbeigeeilt“ gewesen. Die Schilderung des Versammlungsverlaufes folgt den hier genannten drei Quellen.

⁶³ Müller 1892, S. 85f

⁶⁴ In einem Brief an Wilhelm LIEBKNECHT vom 12. August 1890 merkte er an, dass „in Magdeburg (...) sich die Dinge weniger leicht abwickeln“ lassen werden, als in Dresden. (Bebel 1978, S. 364)

⁶⁵ Von Müller (Zürich 1892, S. 87) sowie im *Sozialdemokrat* Nr. 34 vom 23. August 1890 werden BRINGMANN, A. SCHULTZE, LAUBEN, KÖSTER als Fürsprecher der Redaktion und LANKAU als Gegner genannt.

⁶⁶ Im *Sozialdemokrat* wurde das Abstimmungsverhältnis mit 4/5 gegen 1/5 genannt, MÜLLER bezifferte es auf 2/3 gegen 1/3. Die Bebel'sche Resolution lautete: „Die Versammlung erklärt: die Redaktion der *Volksstimme* hatte keine Veranlassung, sich in den persönlichen Streit, welchen der Genossen BEBEL mit der ‚Sächsischen Arbeiter-Zeitung‘ und Herrn Bruno WILLE führt, einzumischen, umso weniger, da bisher von keiner Seite nachgewiesen worden ist, dass die in dem Willeschen Artikel gegen die Partei-Leitung gerichteten Angriffe mit Grund erhoben wurden. Außerdem gehörten solche Anklagen nicht in die Presse, sondern auf den Parteitag. Die Versammlung verlangt deshalb, dass die Redaktion der *Volksstimme* die weitere Polemik in dieser Streitsache einstellt, es sei denn, dass sie provoziert wird.“ (Zitiert nach *Sozialdemokrat* Nr. 34 vom 23. August 1890)

⁶⁷ Vgl.: *Volksstimme* Nr. 40 vom 15. August 1890

⁶⁸ Müller 1892, S. 87f. Allerdings fügte er hinzu: „aber doch unter für BEBEL wenig erfreulichen Umständen. Nur ein Redner hatte für ihn, drei gegen ihn gesprochen! Wie ich vernahm, soll er damals selbst geäußert haben, er bedauere nach Magdeburg gekommen zu sein. Und in der Tat war die Opposition durch diese Versammlung eher gewachsen als vernichtet.“ BEBEL

1890 „fraktionsfromme Journalisten“ die Redaktion der *Volksstimme* übernommen. Mit Fritz KÖSTER und Dr. LUX waren aber weiterhin Genossen in der Redaktion vertreten, die der Opposition zugeneigt waren. Zu diesen gesellte sich kurze Zeit später A. SCHULTZE, der nach dem Rückzug von MÜLLER und KAMPFMEYER die wichtigste Führungsfigur der Magdeburger Opposition wurde und im Frühjahr 1891 der Berliner Kaufmann Albert AUERBACH.

Als am 9. August 1890 die Fraktion ihren Entwurf für ein Organisationsstatut⁶⁹ veröffentlicht hatte, fand die Opposition neue Nahrung für ihre Kritik. Auf zahlreichen Versammlungen im Spätsommer des Jahres 1890 wurden z. T. heftige Diskussionen um diesen Entwurf geführt. In Magdeburg fanden im Vorfeld des Parteitages einige Diskussionen statt, in denen der Entwurf behandelt wurde. Den Auftakt bildete eine Versammlung vor ca. 500 Zuhörern in der „Deutschen Fahne“ am 16. September 1890 mit dem Wortführer der Berliner Opposition, Wilhelm WERNER. In dem Entwurf werde, kritisierte dieser, die Fraktion zur Richter in eigener Sache erhoben, die noch dazu die Gehälter des Parteivorstandes festsetzen soll. Er wandte sich auch dagegen, die „dauerhafte materielle Unterstützung“ der Partei als Voraussetzung für die Mitgliedschaft zu machen. Damit könnten auch verdiente Genossen ausgeschlossen werden, nur weil sie etwa vorübergehend zahlungsunfähig geworden sind. Ein weiterer Kritikpunkt war der Versuch der Fraktion, die „vollständige Kontrolle“ über die lokalen Parteiblätter zu erlangen. In einer Resolution schloss sich die Versammlung den Ausführungen des Redners an und hielt fest, dass „der Organisationsentwurf nicht den Anforderungen eines wahren Sozialdemokraten entspricht.“⁷⁰ Am Tag darauf kam es dann zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen den hiesigen Fraktionellen und Radikalen. WERNER, der auch in dieser Versammlung das Referat hielt, warf der Fraktion im allgemeinen und ihren hiesigen Anhängern – namentlich BREMER – im besonderen Demagogie vor, da sie öffentlich „Press-, Versammlungs- und Redefreiheit von ihren Gegnern“ einforderten, diese Rechte aber ihren innerparteilichen Gegnern selbst vorenthielten. Als WERNER dann die Parteiführer der „Korruption“ zieh, kam es zu „stürmischen Unterbrechungen“ der Versammlung. Unter Berufung auf BEBEL behauptete er, dass höchstens 10% der sozialdemokratischen Wählerschaft auch von deren Ideen durchdrungen seien, wodurch nicht nur Aufklärung der Massen, sondern vor allem ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen auf die Agenda gehörten. Dies werde vom aktuellen Organisationsentwurf jedoch nicht befördert, dieser sei sogar weniger demokratisch, als das alte Statut von 1875. In der Diskussion kam es zu „heftigen Auseinandersetzungen“ – so dass keine Resolution als Ergebnis der Versammlung verabschiedet werden konnte.⁷¹

In einer weiteren öffentlichen Diskussion – am 1. Oktober 1890 im Choreum zu Buckau – kam es zu einer ausführlichen Erörterung der einzelnen Punkte. Man einigte sich schließlich auf mehrere Änderungsanträge, die der noch zu wählende Magdeburger Delegierte dem Parteitag unterbreiten sollte und die alle im Sinne der Forderungen der Opposition waren. Sie richteten sich insbesondere gegen die Forderung nach *dauernder* materieller Unterstützung als Voraussetzung einer Parteimitgliedschaft und für mehr basisdemokratische Elemente (zeitliche Begrenzung von Mandatsträgerschaften, geringere Hürden zur Einberufung von außerordentlichen Parteikongressen, eine sich an der Stimmzahl im Wahlkreis orientierende Anzahl von Parteitagsdelegierten im Wahlkreis ...).⁷² Die Fortsetzung der Diskussion – es konnten aufgrund Zeitmangels nur etwa die Hälfte der Paragraphen des Statuts diskutiert werden – und die Wahl der Delegierten für den Parteitag in Halle wurde auf den 6. Oktober 1890 festgesetzt. Diesmal kam es zu deutlicheren Meinungsverschiedenheiten unter den Versammelten. Insbesondere der §14 des Entwurfs, wonach der Parteivorstand „die prinzipielle Haltung der Parteiorgane“ kontrollieren sollte, wurde lange diskutiert. Schließlich einigte man sich auf einen Vorschlag KÖSTERS, nach dem die örtlichen Parteigenossen über die Haltung ihrer jeweiligen Organe zu befinden hätten, der Parteivorstand lediglich in Absprache mit diesen ein Einspruchsrecht habe. Ähnlich

soll bereits vorher wegen der Differenzen „nicht gut auf Magdeburg zu sprechen“ gewesen sein. Vgl.: LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 212

⁶⁹ Der Sozialdemokrat Nr. 32 vom 9. August 1890

⁷⁰ LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 1, Bl. 366-370

⁷¹ LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 1, Bl. 372-375

⁷² Konkret wurden folgende Änderungsanträge beschlossen: „1) In den §§1 und 2 das Wort „dauernd“ zu streichen; 2) im §4 die Worte „in der Regel“ zu streichen; 3) der Parteitag solle jedesmal den Ort des nächsten Parteitags bestimmen (§6); 4) in §7 an Stelle von „4 Wochen“ „8 Wochen“ zu setzen; 5) 5000 Wähler sollen einen Delegierten, 10.000 2 Delegierte und über 10.000 Wähler sollen 3 Delegierte zum Parteitage wählen können; 6) der Parteitag solle auch die Gehälter des Parteivorstandes festsetzen (§9); 7) nur die Unterschriften von 10.000 Genossen maßgebend sein zu lassen bei Einberufung eines außerordentlichen Parteitages (§10)“ (LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 2, Bl. 1)

kontrovers war die Diskussion darüber, wer das Recht habe, frei gewordene Ämter neu zu besetzen bzw. durch wen der Parteivorstand zu kontrollieren sei. Im Entwurf waren diese Aufgaben der Fraktion zugeordnet, was nach Meinung eines Redners, EBERT, dazu führen würde, dass die Fraktion „die Partei regiere“. Hier entschieden sich die Versammelten schließlich dafür, der Fraktion zwar das Recht auf Besetzung von „Vakanzen“ im Parteivorstand zuzuerkennen, die Kontrolle des Vorstandes solle jedoch durch eine auf dem Parteitag zu wählende Kontrollkommission erfolgen.⁷³ Auseinandersetzungen gab es auch bzgl. der Schaffung eines offiziellen Parteiorgans. Trotzdem die Mehrheit der Redner auf der Versammlung sich gegen die Gründung eines solchen aussprach, folgte die Versammlung BREMER, der sich im Sinne der Parteileitung für die Herausgabe eines neuen offiziellen Blattes, dem *Vorwärts*, aussprach. Nachdem die Diskussion um den Charakter des von der Versammlung verliehenen Mandats für die Delegierten – „imperatives Mandat“ vs. „freie Überzeugung“ – zugunsten letzterem entschieden worden war, folgte die Wahl der Delegierten. Die Vertreter beider Parteiflügel stellten ihre Kandidaten⁷⁴ vor, jeder Anwesende konnte drei Namen auf einen Zettel schreiben, die drei am meisten genannten galten als gewählt. Die höchste Stimmenzahl konnten KLEES (280), BREMER (241) und A. SCHULTZE (230) auf sich vereinigen. Damit waren zwei Vertreter der gemäßigten und einer der oppositionellen Richtung gewählt. Dieses für die Opposition ungünstige Ergebnis war jedoch dem Wahlverfahren geschuldet. Insgesamt entfielen auf deren Vertreter mit insgesamt 663 Stimmen deutlich mehr, als auf die Fraktionsanhänger (546) – ein Verhältnis, in dem „ungefähr die Stimmung der Sozialdemokraten des Wahlkreises zum Ausdruck“ kam. Die „Lauheit“ der Wahlbeteiligung – es hatten nur 405 Parteigenossen ihre Stimme(n) abgegeben – sei auf die Spaltung der Partei zurückzuführen, da viele unentschlossen gewesen seien, für die Vertreter welcher Richtung sie votieren sollten.⁷⁵

Auf dem Parteitag (12. bis 18. Oktober 1890) meldeten sich die Magdeburger Vertreter in der Statutendiskussion nicht zu Wort. Das war zumindest für die beiden Anhänger der Fraktion nicht weiter verwunderlich, waren diese doch infolge der Ablehnung eines imperativen Mandates durch die Versammlung nicht deren Beschlüssen, sondern ausschließlich ihrem Gewissen verpflichtet. Warum A. SCHULTZE als Vertreter der Opposition jedoch auch nicht die Änderungsanträge der Magdeburger Genossen einbrachte, darüber kann man nur spekulieren. Sicher mag es eine Rolle gespielt haben, dass einige der Kritikpunkte von der mit dem Organisationsentwurf beauftragten Kommission auf dem Parteitag bereits berücksichtigt oder aber von Genossen anderer Orte bereits vorgebracht worden waren. SCHULTZE erklärte lediglich dem Parteitag, dass die Magdeburger sich „ebenfalls der sogenannten Opposition angeschlossen haben“. Zu einer Begründung kam er jedoch nicht, da – so der Vorsitzende – gerade ein anderer Tagesordnungspunkt behandelt würde. So konnte er nur kurz dem Wunsch der Magdeburger nach einer fairen Berichterstattung über die Meinungsverschiedenheiten in der Parteipresse Ausdruck verleihen, ehe ihm das Wort entzogen wurde.⁷⁶ SCHULTZE hätte sicher im weiteren Verlauf Gelegenheit gehabt, die Änderungsanträge vorzubringen – was ihm später von seinen Genossen auch zum Vorwurf gemacht wurde.⁷⁷ Schließlich wurde der – auch im Sinne der Opposition abgeänderte – Organisationsentwurf vom Parteitag en bloc ohne weitere Diskussion mit nur einer Gegenstimme angenommen.

Der Parteitag endete mit einem Rüffel für die Opposition, was auch in Magdeburg zu einer – wenn auch nur geringfügigen – Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der „Alten“ führte. Am 25. Oktober 1890 berichteten die Delegierten BREMER, KLEES und SCHULTZE vom Parteitag. Während BREMER die Partei „geeint und geschlossen“ aus dem Parteitag hervorgegangen sah, kritisierte SCHULTZE die Ergebnisse des Parteitages. Er wandte sich gegen das Vertrauensvotum für die Parteileitung in Sachen des Maifeiertages, die Unterstützung von Kandidaten anderer Parteien, die Befürwortung des Parlamentarismus wie auch generell gegen die Schaffung eines Zentralorgans. Außerdem wies er auf die unterschiedlichen Auffassungen bzgl. der Gewerkschaftsorganisation hin. Beide Delegierte sprachen sich jedoch dafür aus, dass die Partei von nun an geschlossen vorgehen solle. Der dritten Magdeburger Delegierte, Wilhelm KLEES, plädierte in versöhnlicher Weise für eine Einigung der

⁷³ LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 2, Bl. 8ff.

⁷⁴ Es waren dies: 1) für die Gemäßigten: KLEES, BREMER, LANKAU, Robert SCHULTZE; 2) für die Opposition: Adolph SCHULTZE, BAETGE, KOHLMANN, EBERT, WEBER, KRÄBER und BRINGMANN. (LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 2, Bl. 8ff)

⁷⁵ LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 6 Bd. 2, Bl. 8ff

⁷⁶ Protokoll 1890, S. 235

⁷⁷ Vgl.: LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 26-35.

beiden verfeindeten Fraktionen und forderte die „Jungen“ auf, den Sieg der „Alten“ anzuerkennen und „nicht die Alten zu verdrängen [zu] suchen.“ In einer Resolution erklärte sich schließlich die Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitages einerseits, wie auch mit den Ausführungen der beiden Berichtstatter einverstanden und gab dem Willen Ausdruck, künftig „mit allen Kräften für die Stärkung der sozialdemokratischen Partei wirken.“ Somit blieb die Haltung der Magdeburger Parteimitgliedschaft weiterhin zwiespältig. Einerseits wurden die offiziellen Beschlüsse anerkannt, gleichzeitig aber auch die Kritik der Opposition an denselben. Das kam letztlich auch bei der Wahl des Vertrauensmannes zum Ausdruck, bei der mit SCHULTZE ein Vertreter des radikalen Flügels gewählt wurde, zu seinem Stellvertreter jedoch mit LANKAU ein Anhänger der Fraktion.⁷⁸

Die Magdeburger Sozialdemokratie entfaltete in der Folge einige Aktivitäten. Zwischen den beiden rivalisierenden Parteiflügeln herrschte anscheinend eine Art Waffenstillstand, man versuchte gemeinsam, die Organisation zu festigen und auf die umliegenden Dörfer auszudehnen. Im Dezember 1890 fand eine vielbeachtete „kommunistische Weihnachtsfeier“ statt, am 18. März 1891 ausgiebige Festlichkeiten und zu Ostern tagte hier der *Bezirksverein für Magdeburg und Anhalt*, wobei sich 104 Delegierte versammelten, die 560 Ortsvereine vertraten. Hauptthema war die Intensivierung der Landagitation, wozu Kommissionen in den drei großen Städten der Provinz Sachsen (Magdeburg, Halle, Dessau) gebildet wurden und mit der *Landpost* eigens ein Organ für die Bedürfnisse der Landbevölkerung ins Leben gerufen wurde. Die Leitung der lokalen Kommission übernahm der ehemalige Redakteur der *Volksstimme*, Paul KAMPPFMEYER. Zudem wurden Vorbereitungen getroffen, ein eigenes Versammlungslokal zu erwerben und dafür Gelder gesammelt. Der 1. Mai hingegen wurde wie schon im Vorjahr mit Festlichkeiten, diesmal jedoch am darauffolgenden Sonntag – und damit ohne Arbeitsniederlegungen – gefeiert.

Im Frühjahr 1891 ist auf Betreiben der lokalen Opposition auch der Berliner Kaufmann und Schriftsteller Albert AUERBACH zum Geschäftsführer der *Volksstimme* berufen worden. Gemeinsam mit Paul KAMPPFMEYER und dem Vertrauensmann A. SCHULTZE – er war zugleich Expedient der *Volksstimme* – lenkte er den amtierenden verantwortlichen Redakteur Dr. LUX, der sich bis dato zwischen den beiden Seiten nicht hatte entscheiden können, und die Zeitung wieder in eine radikalere Richtung⁷⁹ – nachdem der Lokalteil unter der Redaktion von KÖSTER ohnehin die ganze Zeit „entschieden radikal“ gewesen ist.⁸⁰ Der am 17. Juni 1891 gegründete *Allgemeine Arbeiterverein für Magdeburg und Umgegend*, eine Reaktion auf das Verbot der Arbeitervereine für die einzelnen Stadtteile am 7. Mai 1891, wurde dann ebenfalls zu einem Hort der Opposition.

Der Wiederaufschwung der „Jungen“

Wie in Berlin und anderen deutschen Städten führten auch in der Elbestadt die sogenannten „Eldoradoeden“ VOLLMARS im Frühsommer 1891 zu einer neuen Welle der Empörung in der Partei. Am 7. Juli 1891 trat der *Allgemeine Arbeiterverein* zu seiner ersten ordentlichen Sitzung zusammen.⁸¹ Auf der Tagesordnung standen zunächst nur die Wahl des Vereinsvorstandes sowie die Diskussion der „nächstliegenden Aufgaben“. Als diese Punkte abgearbeitet waren, brachte der Chefredakteur der *Volksstimme*, Dr. H. LUX, eine von 60 Magdeburger Sozialdemokraten unterzeichnete Resolution ein, in der „für vollständig freien Meinungs austausch innerhalb der sozialdemokratischen Partei“ plädiert und die Solidarität mit den Berliner Schuhmachern und ihrer Kritik an den Äußerungen VOLLMARS erklärt wurde. Außerdem wandten sie sich gegen eine Äußerung BEBELS auf einer Berliner Versammlung 4 Tage zuvor, in der den „oppositionellen Elementen“ nahe gelegt worden war, „eine neue Partei zu gründen“ und gab der Meinung Ausdruck, „dass in der sozialdemokratischen Partei alle Schattie-

⁷⁸ SCHULTZE wurde laut dem Bericht der *Magdeburgischen Zeitung* vom 28. Oktober 1890 mit „zweifelhafter Mehrheit“ und LANKAU als Vertreter der Fraktionellen mit „überwiegender Mehrheit“ gewählt. Damit hatte die Opposition zwar ihre führende Stellung behauptet, das Kräfteverhältnis sich jedoch – nicht zuletzt in Widerspiegelung der Ergebnisse des Parteitages – zugunsten der „Alten“ verschoben. (LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 6, Bd.2, Bl. 21-22)

⁷⁹ Vgl. Müller 1892, S. 109 und LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 26-35

⁸⁰ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 116-129

⁸¹ Die Schilderung der Vorgänge auf den beiden Versammlungen basiert auf den polizeilichen Überwachungsberichten sowie den Berichten der *Volksstimme*, enthalten in: LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 15, Bd.1, Bl. 64-82 (Versammlung am 7.7.1891) sowie LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 6, Bd.2a, Bl. 28-40 (Versammlung am 13.7.1891)

rungen des um seine Befreiung ringenden Proletariats vertreten sein müssen.“⁸² LUX wies die Versammelten ausdrücklich auf die „weitgehende und tief einschneidende Bedeutung“ der Resolution hin. In seinen Erläuterungen wies er die Behauptung BEBELS, dass die VOLLMARSCHER Rede von „allen Parteigenossen einstimmig verurteilt worden“ sei, zurück. Im Gegenteil, es seien zuerst die französischen Genossen gewesen, die in der Zeitung *La Bataille* eine scharfe Kritik an den reformistischen und nationalistischen Tendenzen in VOLLMARS Rede brachten. In Deutschland habe lediglich die Magdeburger *Volksstimme* mit einer Kritik reagiert, alle anderen Parteizeitungen hatten sich in Schweigen gehüllt. Für die von VOLLMAR geforderte, auf das „enge Geleit der Gesetzlichkeit“ beschränkte Taktik gebe es in Deutschland auch nach Ende des Sozialistengesetzes keinen Raum. Darum erscheine die „gesetzmäßige Aktion zum Wenigsten als Nonsens, wenn nicht als Verzichtleistung auf ihre Tätigkeit“. Schließlich stünde auch „der größte Teil der Programm-Punkte [der sozialdemokratischen Partei] in formellem Widerspruch mit den deutschen Reichsgesetzen“. VOLLMAR habe zudem gegen das „Prinzip der Internationalität verstoßen, welches die wesentliche Voraussetzung für den sozialistischen Gedanken“ sei.⁸³ Mit ihrer schroffen Ablehnung der Resolution der Schuhmacher habe die Parteileitung zum Sturm gegen die Opposition geblasen, anstatt die tatsächlich programmwidrigen Auslassungen VOLLMARS zu verurteilen. Das sei vollkommen ungerechtfertigt, da gerade die „Jungen“ bewiesen hätten, dass ihnen „der Begriff der Demokratie mehr als eine bloße Phrase ist“, indem sie trotz aller Differenzen sich den Beschlüssen des Halleschen Parteitages gebeugt und „keinen Augenblick gezögert“ hätten, „weiter zu kämpfen, getreu dem Prinzip der Demokratie, welches die Unterwerfung unter die Majorität verlangt“.

Darauf entspann sich eine längere und heftige Debatte. KLEES jr. wandte sich gegen die Resolution, da die Schuhmacher tatsächlich kein Recht gehabt hätten, sich in Parteiangelegenheiten einzumischen. Der Versammlungsleiter A. SCHULTZE versuchte zu vermitteln, und appellierte an die Versammelten „ruhig und sachlich zu bleiben.“ Schließlich wurde die Abstimmung über die Resolution auf eine spätere Versammlung vertagt.

Diese fand dann am 13. Juli 1891 vor 3000 „vom sozialdemokratischen Geiste durchdrungene[n] Personen“ in der ausverkauften „Flora“ statt.⁸⁴ Viele waren bereits lange vor Beginn am Versammlungsort eingetroffen, zwischen den anwesenden Gruppen wurden schon vorher zum Teil „scharfe Auseinandersetzungen“ geführt, die während der Versammlung noch eskalieren sollten. Nachdem der Vertrauensmann, A. SCHULTZE, seinen Rechenschaftsbericht gehalten hatte, entspann sich eine erregte Diskussion um das Für und Wider der Resolution zur Unterstützung der Berliner Schuhmacher. LUX selbst änderte die Resolution – nachdem BEBEL in einer weiteren Versammlung seiner Ausschlussdrohung gegenüber der Opposition die Schärfe genommen hatte – insofern ab, als dass er den zweiten Absatz, in dem man sich gegen die Bebelsche Drohung verwahrte, dahingehend abänderte, dass man „es bedauern (würde), wenn die ‚oppositionellen Elemente‘ eine neue Partei gründen würden“. In der folgenden Rede distanzierte er sich zwar von der „Art und Weise, wie die Opposition operierte“, unterstellte ihr jedoch nur lauterste Absichten, wenn sie versuche, die „Prinzipien der Sozialdemokratie von aller opportunistischen Taktik rein zu erhalten.“ Als in der anschließenden Diskussion BREMER das Vorgehen des Parteivorstandes gegen die Berliner Schuhmacher rechtfertigte und der Opposition um WERNER vorwarf, „bei jeder Gelegenheit zu nörgeln“ und den Parteiführern „ein Bein zu stellen“ sowie zu allgemeiner Besonnenheit aufrief, wurde er „wiederholt niedergeschrien und (...) verlacht“. Anschließend plädierten noch AUERBACH und SCHULTZE in längerer Rede für die Annahme der Reso-

⁸² Der vollständige Wortlaut der Resolution lautet: „Die Versammlung des Allgemeinen Arbeitervereins zu Magdeburg, fußend auf den Grundsätzen der Demokratie und Gleichberechtigung, erklärt sich für vollständig freien Meinungs-austausch innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Aus diesem Grunde verurteilt die Versammlung das fast einmütige Vorgehen der sozialistischen Presse Parteigenossen gegenüber, die zuerst, durchdrungen von der Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen in allen Ländern, die öffentliche Aufmerksamkeit und Kritik auf die persönlichen Ansichten des Genossen Vollmar lenkten und dadurch vielfach mit dem beleidigenden Ausdruck ‚Clique‘ und ‚Krakeeler‘ belegt wurden.“

Ferner bedauert die Versammlung den Ausspruch des Genossen Bebel, dass die oppositionellen Elemente auf dem nächsten Parteitage gezwungen werden sollen, eine neue Partei zu gründen; sie ist vielmehr der Meinung, dass in der sozialdemokratischen Partei alle Schattierungen des um seine Befreiung ringenden Proletariats vertreten sein müssen.“ (LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 15, Bd.1)

⁸³ LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 15, Bd.1, Bl. 77

⁸⁴ Die Beteiligung von 3000 Magdeburger Arbeitern zeugt von dem großen Interesse an der Thematik und kann durchaus als ein Indiz für die Verankerung der Opposition in der Magdeburger Arbeiterschaft gewertet werden. Zwar gab es zu jener Zeit einige Versammlungen mit bis zu 5000 Teilnehmern, allerdings warteten die alle mit einem prominenten auswärtigen Redner auf. Die Teilnehmerschaft an Versammlungen ohne auswärtige Prominenz bewegte sich fast immer im dreistelligen Bereich.

lution und der Versammlungsleiter LANKAU, der eher der gemäßigten Richtung zuneigte, wies die zwischenzeitlich laut gewordenen Vorwürfe der Manipulation durch die Einbringer der Resolution zurück. Folgt man dem Bericht des überwachenden Beamten, brachte die Mehrheit der Versammelten durch ihre „Kundgebungen für die Revolution“, durch „allgemeine Bemerkungen und Zurufe“, „stürmischen Applaus“ und ihre Buhrufe während der Reden der Vertreter des gemäßigten Flügels „äußerst krass und auffallend“ ihre Sympathie für die Opposition zum Ausdruck. Schließlich wurde die Resolution „mit überwiegender Mehrheit“ angenommen.

Die erneute Spaltung der Partei

Die Annahme der Resolution in der Versammlung vom 14. Juli 1891 hatte jedoch ein Nachspiel. Eine Woche später versammelten sich auf Initiative von KLEES sr. die Buckauer Genossen in einer separaten Versammlung im „Choreum“ und berieten über die Frage „Wie stellen sich die Buckauer Genossen zu der jetzt in Magdeburg herrschenden Taktik?“. Gleich zu Beginn der Versammlung protestierte der Magdeburger Genosse LANKAU gegen die eigenmächtige Einberufung einer separaten Versammlung. Das sei einzig und allein Sache des Magdeburger Vertrauensmannes – etwaige Beschlüsse der Versammlung seien somit von vornherein nichtig. KLEES hielt dann einen Vortrag über die Vorgänge, die zu dieser Versammlung geführt hätten. Nach der Annahme der Resolution in der Flora-Versammlung sei es notwendig geworden, zu klären, auf welche Seite man sich stellen wolle: auf die der Beschlüsse des Parteitages oder die der „extremen Elemente“. Er sprach der Flora-Versammlung das Recht ab, über die Äußerungen VOLLMARS zu urteilen – einen entsprechenden Antrag zur Geschäftsordnung habe der dortige Versammlungsleiter versäumt zu berücksichtigen. Viele Arbeiter hätten das falsche Verhalten nicht verstanden, es sei daher wichtig, sie aufzuklären und zu schulen. Zudem sei man in Buckau schon immer mit zweifelhaften Elementen und Anarchisten fertig geworden. Genauso wie BEBEL nicht gezwungen werden konnte, sich der Resolution der Berliner Feenpalast-Versammlung zu beugen, können auch die Buckauer nicht genötigt werden, sich der falschen Taktik der Magdeburger Parteiorganisation unterzuordnen.

Dem stellten sich mehrere – wohl nicht zufällig – anwesende Magdeburger Genossen entgegen. LUX brachte schließlich eine Resolution ein, nach der die Versammlung unrechtmäßig einberufen worden und sie geeignet sei, „eine Spaltung unter den hiesigen Sozialdemokraten herbeizuführen“. Die Buckauer ELLGUTH und KLEES listeten noch einige Kritikpunkte an „den Magdeburgern“ auf, u.a. an der *Volksstimme*, die immer wieder die Meinung der Buckauer Minderheit unterdrücke und deren Schreibweise „eher dazu angetan sei, die Partei zu schädigen als zu fördern“. Schließlich wurde nach längerer Debatte die Abstimmung vertagt. Die Fortsetzung erfolgte dann am 28. Juli 1891 an gleicher Stelle. Nahezu 800 Personen hatten sich versammelt, um dem zu erwartenden Schlagabtausch zwischen den Buckauer und Magdeburger Parteigenossen beizuwohnen. Gleich zu Beginn entstand großer Tumult, als der Antrag gestellt wurde, nur Buckauer Genossen für die Abstimmung der Resolutionen zuzulassen. Schließlich einigte man sich auf den Vorschlag BREMERS, dass dies nur für die aktuelle Versammlung gelten solle. In der anschließenden Debatte verurteilte BRINGMANN die Vorgehensweise der Buckauer und schlug vor, die Berliner Genossen nach Buckau einzuladen, um sich über deren Anschauungen aus erster Hand zu informieren. Als er dann ELLGUTH vorwarf, dass er – nur um Strafmandate zu vermeiden – die Partei auf einen gemäßigten Weg zu bringen versuche und sich anschließend in persönlichen Beleidigungen erging, kam es erneut zu Tumulten. Erst nach einer vom Versammlungsleiter verfügten 10minütigen Pause konnte die Versammlung fortgesetzt werden. BRINGMANN warf den Buckauern nun vor, SCHULTZE und KÖSTER aus der Redaktion der *Volksstimme* drängen zu wollen und die Tätigkeit des *Allgemeinen Arbeitervereins für Magdeburg* (dem sich die Buckauer als einzige nicht angeschlossen hatten) zu sabotieren. ELLGUTH konterte mit der Behauptung, dass die Magdeburger sie ins anarchistische Fahrwasser führen wollten, wenn sie dafür plädierten, dass solcherart Tendenzen innerhalb der Partei toleriert werden müssten. Er räumte ein, dass die Berliner Opposition über einigen Anhang verfüge, was aber zu Lasten des Einflusses der Partei unter den Massen gehe. Dabei wollten die Buckauer nicht mitspielen. KLEES bekräftigte ELLGUTHS Ausführungen und forderte Minoritätenrechte für die Buckauer ein. Schließlich drohte er mit Rücktritt als Stadtverordneter, wenn sich die Versammlung für die Magdeburger Taktik entscheiden würde.

Als es schließlich zur Abstimmung kam, hatten die Mehrzahl der Magdeburger die Versammlung bereits verlassen. Es wurde schließlich eine die Haltung der *Volksstimme* verurteilende Resolution

angenommen und mit Albert VATER ein eigener Vertrauensmann für Buckau gewählt. Damit war die erneute Spaltung vollzogen.

Programmdiskussion

Einen weiteren Anlass, die Differenzen zwischen radikalem und gemäßigtem Flügel auszutragen, bot die Diskussion um das neue Programm der Sozialdemokratischen Partei. Der Startschuss zur Programmdiskussion wurde dann am 3. August 1891 gegeben, als der Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, R. FISCHER vor ca. 300 Zuhörern im Buckauer „Choreum“ den Entwurf der Parteileitung vorstellte. Für die Opposition nahm deren Berliner Wortführer, W. WERNER, in zwei Veranstaltungen⁸⁵ unter dem Titel „Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie“ zum offiziellen Entwurf Stellung. Er verneinte zunächst die Existenz von grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei, es gebe lediglich Pessimisten, die eine Reform unter den gegenwärtigen korrupten Zuständen für unmöglich halten und Optimisten, die auf eine gütliche Einigung mit den Herrschenden hoffen. Auch wenn sich die Opposition nach der auf dem Parteitag in Halle beschlossenen Taktik richtet, dürfe man ihr nicht das Wort verbieten, sonst habe sie niemals die Chance, selbst Majorität zu werden. Anschließend erläuterte er die Positionen der Opposition. Ausgehend von einer immer schärfer werdenden Zuspitzung der Widersprüche zwischen Kapital und Arbeitern und der damit verbundenen verschärften Armut, mache es wenig Sinn, über sozialpolitische Reformprogramme Verbesserungen erzielen zu wollen. Stattdessen sei es notwendig, die Endziele in den Vordergrund zu stellen – und nicht, wie es VOLLMAR getan habe, den Schwerpunkt auf die unmittelbaren Aufgaben, d.h. die Arbeiterschutzgesetzgebung, zu legen. Schließlich seien es nicht die unmittelbaren Forderungen, die die Massen begeistern, sondern programmatische Schriften wie „Lassalles Arbeiterprogramm, sein Offenes Antwortschreiben, Bebels Frau, Marx' Kommunistisches Manifest“.⁸⁶

Alternativ zum Entwurf des Parteivorstandes gab es weitere ausgearbeitete Programmvorlagen. Dazu gehörte neben dem Vorschlag der Redaktion des Theorieorgans der SPD, *Neue Zeit*, auch der der Redaktion der Magdeburger *Volksstimme*.⁸⁷ Dieser hatte den Entwurf des Parteivorstandes zur Vorlage und daraus ganze Passagen übernommen. Insgesamt war der Magdeburger Vorschlag der mit der ausführlichsten Einleitung. Er wich in der Stoßrichtung kaum von dem des Parteivorstandes ab, ging aber an einigen Punkten deutlich weiter. Neben den Kleinbauern und Kleinbürgern, deren zunehmend prekäre Stellung in beiden Entwürfen herausgestellt und die als potentielle Bündnispartner der Arbeiter eingeschätzt wurden, wurde im Magdeburger Entwurf auch auf die zunehmende Bedeutung der „technischen und kaufmännischen Arbeiter“, also der Angestellten, verwiesen, die zunehmend die Leitungsarbeit in der Produktion übernehmen und die dann folgerichtig in die Forderung nach Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern einbezogen wurden. Im Gegensatz zum Entwurf des Parteivorstandes wurde auf die Bedeutung der Gewerkschaften im Klassenkampf explizit hingewiesen. Auch in den politischen Forderungen ging der Magdeburger Entwurf über den des Parteivorstandes hinaus. So wurde in ihm die „planmäßige Demokratisierung der ganzen Gesellschaft“ gefordert, ebenso wie die Legislaturperioden der gewählten Volksvertreter auf ein Jahr begrenzt werden sollten. Außerdem gab es eine Forderung nach der rechtlichen Gleichstellung der Frau, die im Entwurf des Parteivorstandes nicht auftauchte. Gleiches gilt bei der Verwaltung der Sozialversicherungen, wo die Arbeiter nicht nur „maßgebend“ mitwirken sollten, wie im Entwurf des Vorstandes, sondern die „volle Selbstverwaltung“ erhalten sollten. Und last but not least wurde der von der Opposition immer wieder kritisierten Erklärung der Religion zur „Privatangelegenheit“ Rechnung getragen und an Stelle dessen die „Beseitigung des bevormundenden Einflusses der Kirche“ gefordert, ohne allerdings so deutlich die Religion abzulehnen, wie es in den meisten Versammlungen der Opposition zum Ausdruck gekommen war.

Über die Diskussion des Entwurfes in Magdeburg wissen wir nur wenig. Auf einer Versammlung am 10. August 1891 wurden von Dr. LUX dem hiesigen Publikum die Änderungsvorschläge der Redaktion der *Volksstimme* vorgestellt, am 21. September 1891 erläuterte AUERBACH den Entwurf in

⁸⁵ Die Versammlungen fanden am 17. und 18. August 1891 im Magdeburger „Eiskeller“ und im „Prinz Karl Salon“ vor 400 bzw. 500 Zuhörern statt.

⁸⁶ LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 6, Bd.2a, Bl. 77f.

⁸⁷ Vgl. Protokoll 1891, S. 13ff.

einer Versammlung, die sich schließlich in einer Resolution mit diesem einverstanden erklärte.⁸⁸ Ob der Magdeburger Entwurf auch anderswo diskutiert worden ist, konnte nicht verifiziert werden. Lediglich im Zentralorgan der Partei, dem *Vorwärts*⁸⁹ ist der Entwurf kurz besprochen worden. Er wurde dann im Protokoll des Erfurter Parteitages veröffentlicht, aber – da der endgültige Programmvorschlag in einer Kommission auf Basis des Entwurfs der Redaktion der *Neuen Zeit* erstellt und schließlich ohne Diskussion zur Abstimmung gebracht wurde – auf dem Kongress selbst nicht diskutiert.

Der Erfurter Parteitag

Die Spaltung der Magdeburger Parteiorganisation fand auch ihren Ausdruck bei den Delegiertenwahlen für den Erfurter Parteitag. Laut Organisationsstatut hatte jeder Reichstagswahlkreis das Recht, drei Delegierte zu entsenden. Die Buckauer verlangten, dass sie einen Vertreter für den Wahlkreis und die anderen beiden die Magdeburger Partei entsenden sollten. Letztere war aber der Meinung, dass sie allein Anspruch auf Entsendung von Delegierten hätte, da die Buckauer sich außerhalb der Partei gestellt hätten. Die Wahl war auf den 15. September 1891 festgesetzt worden. In der öffentlichen Versammlung, die laut Polizeibericht „von etwa 550, meist der sogenannten Opposition angehörigen Personen besucht war“, wurden – nachdem der Referent der Versammlung, AUERBACH, betont hatte, „dass es Pflicht der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten sie, von der Tribüne des Reichstages herab dem Volke zu erklären, dass die Sozialdemokratie den Umsturz wolle, die Endziele müssten unverhüllt und klar zu erkennen gegeben werden“ – mit AUERBACH, SCHULTZE und BAETGE drei oppositionell gesinnte Vertreter gewählt.⁹⁰ Die Buckauer hingegen sprachen der Versammlung das Recht ab, die Delegierten zu wählen, da diese nur von 200 Genossen besucht gewesen sei, wohingegen die *Volksstimme* darauf verwies, dass „mindestens 400“⁹¹ (laut Polizei sogar 550) anwesend gewesen seien. In einer eigenen Versammlung wählten ca. 270 Buckauer Genossen dann mit dem Dreher Johann ELLGUTH einen eigenen Vertreter.⁹²

Auf dem Parteitag wehrten sich die Magdeburger Delegierten gegen die diversen Anschuldigungen. In Magdeburg, erklärte BAETGE, sei die Situation so gewesen, dass hier die Buckauer die Spaltung der Partei verursacht und damit z.B. die Landagitation erschwert hatten – ein Vorwurf, der sonst seitens der Fraktion gegenüber der Opposition gemacht wurde. Zudem verwahrte er sich gegen die Einmischung des Parteivorstandes in die eigenen Angelegenheiten, der faktisch die Buckauer zur Wahl eines eigenen Vertrauensmannes ermuntert habe.⁹³ Ihm assistierte A. SCHULTZE, der auf die Anstrengungen der Magdeburger bei der Landagitation verwies, welche alles andere als schädigend auf die Partei gewirkt habe. Er brachte auch noch einmal das Verhalten HEINES während des Geheimbundprozesses im Jahre 1887 zur Sprache bzw. kritisierte den Umstand, dass der *Vorwärts* es abgelehnt hatte, eine Erklärung der Magdeburger Genossen abzudrucken, in dem diese bezeugten, dass HEINE sich damals zur „kaiserlichen Botschaft“ bekannt hatte. „Wenn ein Parteigenosse in einer so hervorragenden Stellung einen solchen Ausspruch tut“, brachte Schultze die Kritik der Magdeburger auf den Punkt, „so heißt dies, den revolutionären Geist unserer Partei mit Füßen treten.“⁹⁴ Er verwahrte sich auch gegen den Vorwurf FISCHERS, in Magdeburg hätten sich „anarchistische Elemente in der Opposition (...) eingeschlichen“⁹⁵ und verteidigte „seinen Freund und Genossen Köster“ gegen derar-

⁸⁸ Vgl. Mader 1968, S. 109 und LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 6, Bd.2a, Bl. 108-110

⁸⁹ Ausgabe vom 30. September 1891. Vgl. Mader 1968, S. 110

⁹⁰ Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 193-202

⁹¹ *Volksstimme* vom 14. Oktober 1891

⁹² ELLGUTH ist im offiziellen Protokoll des Erfurter Parteitages nicht verzeichnet, laut Polizeibericht hat er jedoch auf dem Parteitag für das vom Parteivorstand vorgeschlagene Programm gestimmt. Vgl. Protokoll 1891 und LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 193-202

⁹³ Protokoll 1891, S. 104

⁹⁴ Protokoll 1891, S. 105. Hans MÜLLER berichtet auch, dass A. SCHULTZE zur Illustration, welche Auswüchse die Opportunitätspolitik von Fraktionsmitgliedern bereits angenommen hatte, auf dem Kongress den Inhalt einer Karte vorlas, die HEINE an seine Wähler Karten verteilen ließ: „Werther Genosse! Habe gestern eine große Rede gehalten und zwar gegen Bismarck unter allseitigem Beifall des Hauses. Werde nächstens wieder eine große Rede halten! Euer Aug. Heine, Mitglied des deutschen Reichstages“ Dies sei jedoch nicht ins offizielle Protokoll aufgenommen worden. (Müller 1892, S. 40)

⁹⁵ Protokoll 1891 S. 147f. FISCHER begründete dies damit, dass der der Opposition zugehörige Lokalredakteur KÖSTER Kontakte mit dem ehemaligen Sozialdemokraten Karl SCHNEIDT, der in „schmutzigen Organen der gegnerischen Presse“ gegen die Partei hetze, aufrecht erhalte und „die literarischen Erzeugnisse dieses Menschen“ in der *Volksstimme* zum Verkauf angeboten habe. Zudem seien durch die Expedition der *Volksstimme* den Abonnenten der *Volks-Tribüne* Exemplare der

tige Anwürfe.⁹⁶ Auch den Vorwurf an die Magdeburger Partei, dass es dort keine geeignetes Führungspersonal gebe, konterte er mit den Worten: „Wenn gesagt worden ist, es fehlte in Magdeburg ein hervorragender Führer, so antworte ich, wir haben in Magdeburg auch Parteipäpste gehabt, aber mit ihnen aufgeräumt.“⁹⁷

Der auf dem Parteitag eingerichteten sogenannten „Neuner-Kommission“, die die Stichhaltigkeit der von Fraktionsmitglied AUER zusammengestellten „Anschuldigungen der Opposition“ prüfen sollte, verweigerten sich die Vertreter der Opposition – namentlich WERNER, WILDBERGER und die Magdeburger Delegierten AUERBACH, BAETGE und SCHULTZE. Sie erklärten, dass „sie bereits alles öffentlich vor dem Parteitag geäußert haben und auch weiter dazu bereit“ seien, eine Vorführung vor der Kommission aber ablehnten.⁹⁸ Als sie eine diesbezügliche Erklärung auf dem Parteitag verlesen wollten, wurden sie durch den Vorsitzenden SINGER daran gehindert. Daraufhin verließen sie gemeinsam den Saal. Schließlich war es der Barlebener Delegierte Fritz KATER, der dem Parteitag die von den o. g. Vertretern der Opposition unterzeichnete Erklärung unterbreitete. In dieser kamen sie ihrem Ausschluss zuvor, indem sie dem Parteitag mitteilten, angesichts der „den demokratischen Grundsätzen direkt zuwiderlaufenden und geradezu empörenden Bekämpfung von Differenzen seitens der Vorstandsmitglieder AUER, BEBEL und FISCHER auf die Zugehörigkeit zu dieser sozialdemokratischen Partei zu verzichten.“⁹⁹ Die Neuner-Kommission, die dem Parteitag den Ausschluss der Berliner WILDBERGER und WERNER empfahl und der diesem Beschluss mehrheitlich folgte, verzichtete auf ein Urteil über die Magdeburger Delegierten und stellte ihnen frei, ihren Austritt zu revidieren.¹⁰⁰

Die Trennung

Auf einer von ca. 2000 Personen besuchten öffentlichen Versammlung im „Hofjäger“ zu Magdeburg am 21. Oktober, unmittelbar nach Beendigung des Parteitages in Erfurt, kam es bei der Berichterstattung der Delegierten zu „heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Gemäßigten unter Führung von KLEES und den Radikalen.“¹⁰¹ In der Versammlung, die bis in die frühen Morgenstunden andauerte, traten mit BOCK und MOLKENBUHR sowie WERNER und WILDBERGER jeweils zwei auswärtige Vertreter von Fraktion und Opposition auf. Erstere versuchten mit allen Mitteln, die Opposition in Misskredit zu bringen. So wurde dem – nicht anwesenden – Redakteur der *Volksstimme*, AUERBACH, vorgeworfen, Polizeispitzel zu sein¹⁰² und KÖSTER der Unterschlagung von Parteigeldern bezichtigt. Schließlich wurde mit „großer Mehrheit“ eine Resolution angenommen, in der das „Vorgehen des Parteivorstandes und der Fraktion als richtig“ anerkannt und die Opposition zur Bildung einer eigenen Organisation gedrängt wurde.¹⁰³

anarchistischen Zeitschrift *Autonomie* beigelegt worden – was er nach Zwischenrufen allerdings korrigieren musste: es handelte sich um das Flugblatt der Opposition, nicht um die *Autonomie*. In einer am 19. Oktober 1891 in Magdeburg tagenden Versammlung wurde eine von KÖSTER eingebrachte Resolution angenommen, in der die Versammlung „entschieden die Unterstellung“ des Abgeordneten FROHME zurückwies, dass „Magdeburg im anarchistischen Fahrwasser segle“ und forderte von diesem „entweder die Beweise für seine Behauptungen oder Zurücknahme dieser Unterstellung.“ (LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 15, Bd.1, Bl 140)

⁹⁶ Protokoll 1891, S. 225

⁹⁷ Protokoll 1891, S. 225

⁹⁸ Protokoll 1891, S. 252f.

⁹⁹ Protokoll 1891, S. 502

¹⁰⁰ Protokoll 1891, S. 321f. Diese „Milde“ gegenüber den Magdeburgern war wohl den Befürchtungen geschuldet, dass es in Magdeburg nicht so einfach werden würde, die Partei ohne die Oppositionellen zu reorganisieren. Als auf dem Parteitag die Mitteilung verbreitet wurde, dass in Magdeburg bereits eine Versammlung der Opposition stattfindet, meinte der Delegierte WERNAU (Potsdam), dass es dort „ungeheure Arbeit kosten (werde), um das alte Terrain zu erobern.“

¹⁰¹ Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 193-202. Aufgrund des „sehr stürmischen Verlaufes“ kam es gar zu 17 Festnahmen.

¹⁰² Offensichtlich hatte die Parteileitung für den Falle aller Fälle – vermeintlich oder tatsächlich – belastendes Material zusammengestellt, um die Opposition zu kompromittieren. August BEBEL schrieb am 25. Oktober 1890 an den österreichischen Sozialdemokraten Victor ADLER, dass „keine Veranlassung“ gewesen sei (gemeint ist wohl: auf dem Parteitag), von den „Briefen, die du mir in Sachen LUX & AUERBACH sandtest (...) Gebrauch (...) zu machen.“ Weiter heißt es in dem Brief: „Außerdem geht die Magdeburger Clique aus dem Leim. AUERBACH u. LUX hatten schon gekündigt u. der Austritt des ersten aus der Partei wird nunmehr noch beschleunigt werden, wenn er nicht schon vollzogen ist. Mit der Opposition räumen wir auf, sie werden sehr rasch merken, dass außerhalb der Partei-stehen moralisch u. politisch tot sein heißt. Wir sind entschlossen hier der Opposition in jeder Weise entgegenzutreten und ihr den Lebensfaden abzuschneiden.“ (Adler 1954, S. 80)

¹⁰³ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 845 Bd. 8, Bl. 239ff.

Die Magdeburger Parteiorganisation wurde anschließend reorganisiert und alle Posten mit Vertretern der gemäßigten Richtung besetzt. Anstelle des ausgetretenen A. SCHULTZE wurde LANKAU als Vertrauensmann und KLEES als sein Stellvertreter gewählt. Die Zeitungskommission wurde ebenfalls neu aufgestellt – sämtlich mit Anhängern der gemäßigten Richtung.¹⁰⁴ Die auf dem Parteitag ausgetretenen Leiter der Magdeburger Opposition versuchten noch, in der lokalen Partei wieder Boden zu gewinnen, allerdings erfolglos. In einer von ihr einberufenen Versammlung am 30. November 1891 gelang es ihnen weder, das Versammlungs-Büro zu besetzen (das gewöhnlich von den Einberufern der Versammlung gestellt wurde), zudem wurde ihrem Referent, AUERBACH, entgegen den üblichen Gepflogenheiten das Schlusswort verweigert und eine vom Buckauer Vertrauensmann, VATER, eingebrachte Resolution, nach der „man (...) der Partei treu bleiben und allen Anfeindungen energisch entgegen treten“ solle, angenommen.

Mit dieser offensichtlichen Niederlage der Opposition war das Band endgültig zerschnitten. Nur wenige Parteimitglieder folgten den auf dem Parteitag Ausgetretenen,¹⁰⁵ die schließlich am 15. Dezember 1891 eine Filiale des *Vereins unabhängiger Sozialisten* gründeten. In der Folgezeit wandten sich einige der „Unabhängigen“ dem Anarchismus zu, andere wiederum fanden den Weg zur Sozialdemokratie zurück.

Zusammenfassung

Soweit zur Darstellung der Ereignisse. Eine Frage, die sich aufdrängt, ist die, warum gerade Magdeburg zum zweiten Zentrum der Opposition nach Berlin wurde. Dazu lassen sich heute wohl nur noch Vermutungen anstellen. Zum einen fällt auf, dass es sich bei den führenden Vertretern der Opposition vielfach um Auswärtige handelte – die einen waren aufgrund des Belagerungszustandes aus Berlin Ausgewiesene, die anderen kamen nach Magdeburg, um dort propagandistisch und/oder publizistisch tätig zu werden.¹⁰⁶ Sie hatten die Stadt vermutlich wegen deren geografischer Nähe zu Berlin als Ort ihres Exils auserkoren. Eine nicht unwesentliche Rolle dürfte aber auch der Fakt gespielt haben, dass die Stadt zu jener Zeit ein aufstrebendes industrielles Zentrum und eine Hochburg der Sozialdemokratie gewesen ist, somit ein Erfolg versprechendes Betätigungsfeld und ausreichende Unterstützung versprach. Der Beitrag der Ausgewiesenen zur Radikalisierung der hiesigen Arbeiterschaft dürfte jedoch bereits in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt haben, hielten sich in den 1880er Jahren einige von ihnen in Magdeburg auf und betätigten sich aktiv – und oft auf dem radikalen Flügel – in der hiesigen Arbeiterbewegung.

Diese Radikalisierung der Arbeiter wurde mit Sicherheit durch das – selbst für damalige Verhältnisse – hohe Ausmaß der Repression in der preußischen Provinzhauptstadt und Garnison Magdeburg verstärkt, welche auch nach Auslaufen des Sozialistengesetzes nur wenig nachgelassen hatte.

Auch die katastrophale soziale Situation, in welcher die überwiegende Mehrheit der Arbeiter zu leben gezwungen war – Magdeburg hatte aufgrund der rasch voranschreitenden Industrialisierung zu jener Zeit eine immens hohe Rate an Zuwanderung – dürfte diese Entwicklung befördert haben.

Die zahlenmäßige Stärke der damaligen Sozialdemokratie lässt sich nur vage beziffern. Zum einen gab es aufgrund der Illegalität bis 1890 kaum aussagekräftige Mitgliederstatistiken, zum anderen ist

¹⁰⁴ Vgl.: LHASA, MD, Rep. C29, Tit. III Nr. 6, Bd.2a, Bl. 121-122

¹⁰⁵ Jedenfalls sind die Mitgliedszahlen der sozialdemokratischen Parteiorganisation, dem *Allgemeinen Arbeiter Verein*, weitgehend konstant geblieben bzw. konnte dieser in der Folgezeit sogar einen Zuwachs verzeichnen. Im Oktober 1891 wurden die Zahl von 1203 Mitgliedern auf einer Versammlung des Vereins genannt (LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 15 Bd. 1, Bl. 130), im März 1892 schätzte die Polizei die Mitgliedschaft auf 1500 (LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 193-202). Hans MÜLLER verwies darauf (Müller 1892, S. 118), dass in Magdeburg „sich die zahlreichen oppositionellen Elemente scheuten, ihren Delegierten zu folgen und auch ihrerseits aus der Partei auszutreten. Hier versuchte man vielmehr, die Ausgetretenen wieder in den Schoß der Partei zurückzuführen. Indessen ohne Erfolg.“

¹⁰⁶ Der Zimmermann Adolph SCHULTZE als der führende Kopf der Magdeburger Opposition, ist 1883 aus Berlin ausgewiesen worden. Der Schlosser Fritz KÖSTER war 1885 nach Groß Ottersleben gekommen, weil ihm in Hannover aufgrund der Verfolgungen der Boden unter den Füßen zu heiß geworden war; der Zimmermann August BRINGMANN aus Quedlinburg hielt sich hier aufgrund seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit auf. Der Schriftsteller Paul KAMPFFMEYER (Berlin), der Student Hans MÜLLER (Rostock) und der Kaufmann Albert AUERBACH sind aufgrund ihrer Berufung in die Redaktion der „Volksstimme“ nach Magdeburg gekommen. Gleiches gilt vermutlich für den Elektrotechniker Dr. Heinrich LUX (Breslau). Der Schuhmacher Max BAETGE hingegen waren gebürtiger Magdeburger, der Zimmermann Wilhelm LAUBEN stammte aus Barleben (bei Magdeburg); der Schlosser Oskar NITSCHKE und der Tischler Albert STAMPEHL sind vermutlich aufgrund der Arbeitsmöglichkeiten nach Magdeburg zugewandert (wie so viele der damals dort lebenden Arbeiter).

die Mitgliedschaft in der Partei erst mit dem Organisationsstatut von 1890 einigermaßen eingegrenzt worden. Vorher wurde faktisch all diejenigen zur Partei zugehörig betrachtet, die sich in irgendeiner Weise für sie betätigt hatten. Außerdem waren die Grenzen zwischen Partei- und Gewerkschaftsorganisation fließend, mitunter erklärten ganze Fachvereine ihre Zugehörigkeit zur Partei, in vielen Gewerkschaften bekannte sich zumindest ein großer Teil der Mitgliedschaft zur Partei.

Anfang 1888 wurden neben den 18 in Magdeburg wohnhaften Ausgewiesenen noch 25 einheimische sozialdemokratische Agitatoren gezählt. Im März 1888 existierten in Magdeburg laut Behördenangaben 30 gewerkschaftliche Fachvereine.¹⁰⁷ Anfang 1890 hatten die im Gewerkschaftlichen Agitationskomitee zusammengeschlossenen lokalen Fachvereine bereits ca. 800 Mitglieder. Im August 1891 wurde die Mitgliedszahl im *Allgemeinen Arbeiterverein für Magdeburg und Umgegend* mit 800, im Oktober des gleichen Jahres schon mit 1200 beziffert.¹⁰⁸ Zu öffentlichen Versammlungen mit prominenten auswärtigen Referenten kamen nicht selten bis zu 5000 Personen (wobei hierzu sicher auch viele Interessierte aus nicht-sozialdemokratischen Kreisen zählten), „normale“ Versammlungen der Arbeitervereine erreichten i.d.R. nur dreistellige Besucherzahlen und dies – sofern keine besonderen Anlässe anstanden – zumeist im unteren Bereich. Die Zuhörerschaft setzte sich in ihrer überwiegenden Mehrheit (>90%) aus Männern zusammen, Ausnahmen bildeten nur Versammlungen, mit denen speziell Frauen angesprochen werden sollten.

Hinweise für den Einfluss der Sozialdemokratie im Allgemeinen und deren Opposition im Besonderen kann man auch aus der Verbreitung der sozialdemokratischen Zeitungen ziehen. In der Zeit des Sozialistengesetzes war dies vor allem der von der Parteileitung in Zürich herausgegebene *Sozialdemokrat*, der 1888/89 in 200...300 Exemplaren nach Magdeburg kam, zwischenzeitlich fast gar nicht mehr gelesen wurde und im Frühjahr 1890 wieder mit 200 Exemplaren beziffert wurde. Die Magdeburger *Volksstimme*, die im Juli 1890, als das Auslaufen des Sozialistengesetzes bereits beschlossene Sache war, mit einer Auflage von 2000 startete, erreichte den Höhepunkt ihrer Abonnentenzahlen mit 7500 im Sommer 1890, fiel im Herbst auf 5000, um im Sommer 1891 wieder auf 6500 zu steigen. Ab 1892 begann dann ein stetiges Sinken der Auflage – im Januar 1892 wurden noch 5000 Exemplare verkauft, der Tiefpunkt war Anfang 1893 mit 3500 erreicht. Auffällig ist, dass jeweils dann, wenn die Redaktion sich in den Händen bzw. unter maßgeblichem Einfluss des radikalen Flügels befand, die Auflage ihren höchsten Stand erreichte (jeweils im Sommer 1890 und 1891). Der Zusammenhang wurde – zumindest für 1890 – auch von den Überwachungsbehörden so gedeutet, die das drastische Sinken der Auflage im Herbst 1890, also nach Entlassung der oppositionellen Redaktion um KAMPF-FMEYER und MÜLLER, mit der „gemäßigeren Färbung“ des Blattes erklärte.¹⁰⁹ An sonstigen Blättern wurden vor allem Fachvereinszeitungen sowie die *Berliner Volks-Tribüne* gelesen, das offizielle Zentralorgan der Partei, der *Vorwärts* hatte hingegen in Magdeburg nur wenige Abonnenten.

Weitere Anhaltspunkte für die Orientierung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bieten die halbjährlichen Überwachungsberichte der politischen Polizei. Im September 1890 stellte man fest, dass im Wahlkreis „die Anhänger Bebel-Liebnechts immer noch in der Mehrheit“ sind, „jedoch Zahl der Radikalen nicht zu unterschätzen“ seien und „mit Sicherheit“ ihr „Einfluss auf die hiesige Bewegung“ bald zunehmen werde.¹¹⁰ Ein Jahr später wurde festgestellt, dass „die ‚radikaleren Genossen‘ an Zahl erheblich zugenommen (haben), und der Einfluss der alten Führer (...) bedeutend geringer geworden (ist), als er noch im vorigen Jahre war.“¹¹¹

Auch aus den Abstimmungsergebnissen der Versammlungs-Resolutionen und den Vertrauensmänner- und Delegiertenwahlen kann man Schlüsse zum Kräfteverhältnis ziehen. So herrschte im Herbst 1890, unmittelbar vor dem Parteitag in Halle, ein beinahe ausgewogenes Kräfteverhältnis. Das bestätigte sich auch nach dem Parteitag, als mit SCHULTZE ein Radikaler zum Vertrauensmann gewählt wurde und mit LANKAU ein Gemäßigter als Stellvertreter. Im Sommer 1891, als es zur Abspaltung der Buckauer kam, dürfte sich dieses Verhältnis noch deutlicher zugunsten der Opposition verschoben haben, was sich z. B. in den steigenden Verkaufszahlen der *Volksstimme*, wie auch in der Entsendung

¹⁰⁷ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 1, Bl. 128 und 160ff.

¹⁰⁸ LHASA, MD, Rep. C29, III Nr. 15 Bd. 1, Bl. 115 und 130

¹⁰⁹ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, 212. Die Auflagehöhen stammen aus: LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 120 Bd. 4; LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2 und 3; LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 866 Bd. 1 sowie Drechsler 1995, S. 64

¹¹⁰ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 212

¹¹¹ LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 3, Bl. 116-129

von drei Delegierten der Opposition zum Erfurter Parteitag zeigte. Damit war Magdeburg im Übrigen der einzige Ortsverein in Deutschland, der ausschließlich Vertreter der radikalen Richtung entsandte.

Auch im Parteivorstand war man sich darüber im Klaren, dass die dortige Sozialdemokratie nicht von einigen wenigen Literaten verführt worden war, sondern die Opposition in ihr verwurzelt war. Mehrfach wurde davon berichtet, dass BEBEL „nicht gut auf Magdeburg zu sprechen“ war und sich stets gut auf die Auseinandersetzungen in Magdeburg vorbereitete.¹¹²

Was die viel kolportierte Charakterisierung der Bewegung der „Jungen“ als eine „Literaten- und Studentenrevolte“ angeht, so traf dies in Magdeburg kaum den Kern. Zwar gab es in der Redaktion mit Hans MÜLLER tatsächlich einen Studenten und Paul KAMPFFMEYER könnte man mit einiger Berechtigung sicher als „Literaten“ charakterisieren – die weitaus meisten Anhänger der Opposition der „Jungen“ waren Arbeiter und nicht selten aktive Gewerkschafter. KAMPFFMEYER selbst schreibt in seinen Erinnerungen: „Nichts gemacht Künstliches, nichts im Studierzimmer willkürlich Erklügeltes haftet der Bewegung der ‚Jungen‘ in Magdeburg an. Gegen den nachherigen Versuch, diese Bewegung zu einer bloßen ‚Studentenrevolte‘ zu stempeln, rebelliert das ganze Tatsachenmaterial über die Geschichte und das Wesen der Magdeburger Bewegung selbst.“¹¹³ Die Redakteure der *Volksstimme* waren zudem von hiesigen radikal gesinnten Arbeitern, die Verbindungen zur Berliner Opposition hielten, nach Magdeburg gerufen worden. Mit SCHULTZE, KÖSTER, AUERBACH und BRINGMANN waren zudem wenigstens vier ihrer führenden Persönlichkeiten an hervorragender Stelle in der Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Warum sich die Fraktion trotz relativ starker Verankerung der Opposition in Magdeburg jeweils so leicht durchsetzen konnte, kann man wohl nur mit Hilfe der Sozialpsychologie erklären. Zum einen hatte in der Arbeiterbewegung die Einigkeit von jeher einen hohen Stellenwert. Das zeigte sich zum einen darin, dass sich hier die Fraktionsanhänger der Leitung der Partei durch die Opposition fügten (auch ausgewiesene Anhänger der Fraktion wie BREMER machten den Buckauern die Spaltung der Partei zum Vorwurf), zum anderen aber, dass man sich jeweils der auf den beiden Parteitagen siegreichen Mehrheit der „Alten“ fügte. Zudem hatten die Führer der Sozialdemokratie, allen voran BEBEL, unter der deutschen Arbeiterschaft einen Nimbus und eine unangefochtene Autorität, was in Versammlungen oft den Ausschlag gegenüber den oft unerfahrenen Rednern der Opposition gab.

Dass das Ausscheiden der Opposition doch nicht so ganz folgenlos an der hiesigen Partei vorübergegangen ist, kann man u. a. auch daran ablesen, dass – neben dem deutlichen Rückgang der Abonnentenzahlen der *Volksstimme* – auch die allgemeinen Aktivitäten stagnierten und insbesondere die Landagitation „entscheidend“ zurückging.¹¹⁴

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass in Magdeburg in der Zeit zwischen Mitte der 1880er und Anfang der 1890er Jahre eine starke radikale Strömung in der Arbeiterbewegung existierte, die zwar von in die Stadt emigrierten auswärtigen Aktiven beeinflusst worden war, die aber auch eine starke Verankerung in der hiesigen Arbeiterschaft verfügte. Ihr Einfluss ging jedoch nicht soweit, diese radikalisierten Arbeiter zum Verlassen der – nach ihrer Meinung – sich unaufhaltsam auf dem Wege zur kleinbürgerlichen Reformpartei befindlichen Partei zu bewegen. Die Mehrheit zog es offensichtlich vor, mit den „stärkeren Bataillonen“ weiterzumarschieren oder sich aus der Bewegung zurückzuziehen, als sich auf das Abenteuer einer sozialrevolutionären Bewegung einzulassen.

¹¹² Vgl.: LHASA, MD, Rep. C28, Ia Nr. 860 Bd. 2, Bl. 212-223,

¹¹³ Kampffmeyer 1910, S. 42

¹¹⁴ LHASA, MD, Rep. C20 Ia Nr. 120 Bd. 4, Bl. 157

Personenregister

A

Adler, Victor.....19
 Auer, Ignaz5, 19
 Auerbach, Albert ..5, 12, 14, 15, 17, 18, 19, 20,
 22

B

Baetge, Max5, 9, 11, 13, 18, 19, 20
 Baginski, Richard4
 Bebel, August 2, 3, 4, 10, 11, 12, 14, 15, 16, 17,
 19, 21, 22
 Bock, Wilhelm8, 19
 Bremer, Julius.....7, 8, 11, 12, 13, 15, 16, 22
 Bringmann, August 11, 13, 16, 20, 22

E

Ebert13
 Ellguth, Johann16, 18
 Engels, Friedrich1

F

Fischer, Richard4, 17, 18, 19
 Frohme, Karl Egon19

H

Heine, August.....7, 8, 18

K

Kampffmeyer, Paul6, 9, 12, 14, 20, 21, 22
 Kater, Fritz19
 Klees, Wilhelm (jr.).....15
 Klees, Wilhelm (sr.)6, 13, 16, 20
 Kohlmann, Richard13
 Köster, Fritz (Friedrich) .11, 12, 14, 16, 18, 19,
 20, 22
 Kräber, Joh.13

L

Lankau, Karl 8, 9, 11, 13, 14, 16, 20, 21
 Lauben, Wilhelm 9, 11, 20
 Liebknecht, Wilhelm 4, 10, 11
 Lux, Heinrich (Dr.)... 12, 14, 15, 16, 17, 19, 20

M

Molkenbuhr, Hermann..... 19
 Müller, Hans2, 3, 4, 6, 9, 10, 11, 12, 14, 18,
 20, 21, 22

N

Nitschke, Oskar 11, 20

S

Schippel, Max 9, 10
 Schneidt, Karl 18
 Schultze, Adolf .5, 9, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 18,
 19, 20, 21, 22
 Schultze, Robert..... 13
 Singer, Paul..... 19
 Stampehl, Fritz..... 20

V

Vater, Albert 17, 20
 Vollmar, Georg von.... 4, 5, 7, 8, 14, 15, 16, 17

W

Weber, Heinrich..... 13
 Wernau..... 19
 Werner, Wilhelm 3, 4, 5, 12, 15, 17, 19
 Wildberger, Carl 4, 5, 19
 Wille, Bruno 1, 2, 3, 9, 10, 11

Literatur

- Adler, Victor: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, hg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien 1954
- Bebel, August: Ausgewählte Reden und Schriften, Band 2, Zweiter Halbband, Berlin 1978
- Bernstein, Eduard: Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung. Fünfzehn Jahre Berliner Arbeiter-Bewegung unter dem gemeinen Recht. Berlin 1910
- Drechsler, Ingrun: Die Magdeburger Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. Oschersleben 1995
- Fricke, Dieter / Knaack, Rudolf: Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878-1913, Band 1 1878-1889 (Friedrich Beck (Hg.): Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam) Weimar 1983
- Kampffmeyer, Paul: Die Bewegung der Magdeburger „Jungen“, in: Parteitagskomitee (Hg.): Von Fehden und Kämpfen. Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Magdeburgs. Magdeburg 1910
- Kommission zur Erforschung und Propagierung der Geschichte und der Traditionen der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.): Quellensammlung zur Geschichte des Kampfes gegen das Sozialistengesetz im Regierungsbezirk Magdeburg (1878-1890), Magdeburg 1990
- Liebknecht, Wilhelm: Kleine politische Schriften. Herausgegeben von Wilhelm Schröder. Leipzig 1976
- Mader, Willy: Zur Bewegung der „Jungen“ in der Magdeburger Sozialdemokratie (1890/91). Wissenschaftliche Zeitschrift der TH Otto von Guericke Magdeburg, Heft 4 1966. Magdeburg 1966
- Mader, Willy: Zur Magdeburger Arbeiterbewegung in den Jahren 1890-1900. Inauguraldissertation Halle-Wittenberg 1968
- MEW: Marx/Engels: Gesammelte Werke
- Müller, Dirk H.: Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand. Berlin 1975
- Müller, Hans: Der Klassenkampf und die Sozialdemokratie. Zürich 1892
- Osterroth, Franz / Schuster, Dieter: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Band 1: Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. 2., neu bearb. und erw. Aufl. 1975. Electronic ed. Bonn, FES Library, 2001. <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band1/e235e448.html>
- Parteivorstand der SPD (Hg.): Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle a.S. vom 12. bis 18. Oktober 1890. Nachdruck Berlin/Bonn 1978
- Parteivorstand der SPD (Hg.): Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891. Berlin 1891
- Protokoll 1890: siehe Parteivorstand der SPD (Hg.) ... 1890
- Protokoll 1891: siehe Parteivorstand der SPD (Hg.) ... 1891
- Quellensammlung Magdeburg 1990: siehe Kommission zur Erforschung ...
- Woesner, Karl: Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Magdeburg und Umgebung zur Zeit des Sozialistengesetzes. Magdeburger Schriftensammlung. Magdeburg o. J. (ca. 1957)